**Stadt Bergisch Gladbach
Die Bürgermeisterin**

Federführender Fachbereich Jugend und Soziales		Drucksachen-Nr. 354/2003
		☒ Öffentlich
		☐ Nicht öffentlich
Mitteilungsvorlage		
Beratungsfolge ▼	Sitzungsdatum	Art der Behandlung (Beratung, Entscheidung)
Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport	08.10.03	Beratung
Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss)	14.10.03	Beratung

Tagesordnungspunkt

Ganztagsbetreuung für Grundschul Kinder

@->

Inhalt der Mitteilung

Es folgt zunächst eine Kurzdarstellung, anschließend eine ausführliche Beschreibung des Sachverhalts.

<-@

Sachdarstellung / Begründung:

@->

Ganztagsbetreuung für Grundschul Kinder - Kurzfassung

(Kurzfassung der ausführlichen Vorlage; Gliederung der Texte nicht identisch)

1. Ziele

- Bedarfsgerechter und schrittweiser Ausbau des Betreuungs- und Förderangebotes für Grundschul Kinder (Versorgungsziel gemäß Jugendhilfeplanung: 40%)
- Optimierung des Zusammenwirkens von Schule und Jugendhilfe
- Senkung des städtischen Zuschußbedarfes zur Betreuung und Förderung von Grundschulkindern (Umsetzung HSK)

Die Zielsetzungen sollen unter Nutzung der verfügbaren Landes- und Bundesmittel zum Ausbau von Ganztagsbetreuung erreicht werden unter Berücksichtigung des mehrheitlich geäußerten Elternwillens, dass die Betreuung in der Grundschule stattfindet. Die Einbindung des Betreuungs- und Förderangebotes in die Grundschulen ermöglicht zugleich, deren Rahmenbedingungen zu verbessern.

Das konzipierte Angebot bleibt zwar hinter dem derzeitigen Hort-Standard zurück, ist aber deutlich besser als die Ausstattung gemäß Landesrichtlinien „Offene Ganztagsgrundschule“. Zugleich kann einem größeren Anteil der Grundschul Kinder eine pädagogisch vertretbare Betreuungs- und Fördermöglichkeit angeboten werden. Eine Überführung dieser Form in eine reguläre (landesfinanzierte) Ganztagsgrundschule – etwa nach dem Beispiel des Landes Rheinland-Pfalz – ist jederzeit möglich.

Der Vorschlag, im Schuljahr 2004/05 mit einigen Grundschulen einzusteigen, ermöglicht es, Erfahrungen zu sammeln, die bei weiteren Umbauschritten oder künftigen Änderungen auf Landesebene nützlich sein werden.

Derzeit halten wir für 1.243 von 4.485 Grundschulkindern ein Betreuungsangebot vor (27,7%).

2. Überlegungen und Entscheidungen des Landes

a) Planungsziele

Nach den Vorstellungen des Landes sollen die „Schule von acht bis eins“, die „Schule dreizehn plus“, der Schülertreff und der Hort gebündelt und als Offene Ganztagsgrundschule (=OGTGS) angeboten werden, in der die Kinder von acht bis sechzehn Uhr – bei Bedarf auch länger – betreut werden können.

Um ein entsprechendes Angebot für 25% der Grundschüler bereitstellen zu können, sollen bis zum Jahr 2007 zwei Drittel der Grundschulen und bis 2010 auch die übrigen Grundschulen zu OGTGS umgebaut werden. Die Förderung für Schülertreffs läuft Ende 2005 (für Bergisch Gladbach ca. 150.000 €/Jahr) aus. Das Land beabsichtigt in 2007 aus der Hortfinanzierung auszusteiern (für Bergisch Gladbach ca. 1,3 Mio. €/Jahr).

b) Finanzierung der Personal- und Sachkosten

Geplant ist eine Pro-Kopf-Pauschale von 1.230 €, von denen das Land zwei Drittel und der Schulträger das verbleibende Drittel übernimmt.

3. Mögliche Umsetzung einer Betreuung und Förderung von Grundschulkindern in Zusammenarbeit zwischen Schule und Jugendhilfe

Die konkrete Ausgestaltung des Betreuungs- und Förderangebotes soll an den jeweiligen Standorten durch die Kooperationspartner entwickelt werden. Die Konzepte sollen die unterschiedlichen Bedingungen an den Standorten, den spezifischen Bedarfen und verschiedenen pädagogischen Vorstellungen Rechnung tragen. Die beiden folgenden Modellskizzen soll die Spannbreite verdeutlichen.

a) Die rhythmisierte Ganztagsgrundschule

Bei einer – nur beispielsweise angenommenen – dreizügigen Grundschule würden nach dem Modell der rhythmisierten Ganztagsgrundschule zwei Klassen den üblichen Vormittagsunterricht, die dritte jedoch Unterricht auch nachmittags anbieten. Diese könnte dann auch am Nachmittag noch Lehrer und auch schon am Vormittag andere pädagogische Kräfte einsetzen. Hierbei böte sich eine Kooperation mit der Musikschule, der Volkshochschule, den Sportvereinen, den Jugendverbänden und anderen Anbietern zur Gestaltung der außerunterrichtlichen Elemente an.

b) Die differenzierte Ganztagsgrundschule

Das Modell der differenzierten Ganztagsgrundschule belässt den Unterricht ausschließlich am Vormittag und fügt die außerunterrichtlichen Elemente an den Unterrichtsblock an. Der freie Träger der Jugendhilfe kooperiert in der Leistungserbringung mit den oben genannten Institutionen und Organisationen.

4. Förderung und Betreuung für Grundschulkinder in Bergisch Gladbach

a) Bedarf und angestrebte Versorgung

Das Land plant, eine Förderung und Betreuung für 25% der Grundschulkinder und den Umbau von zwei Dritteln der Grundschulen bis 2007.

Da in Bergisch Gladbach 60% der Mütter mit Kindern im Grundschulalter berufstätig sind, ist das Ziel der Stadt (Beschlusslage Jugendhilfeplanung), für 40% der Grundschüler eine Betreuung und Förderung sicherzustellen (Vereinbarkeit von Familie und Erwerbsarbeit; Förderbedarfe der Kinder, Unabhängigkeit von Sozialhilfe).

b) Investitionsförderung

Von den in den Jahren 2003 bis 2007 vorgesehenen Bundesmitteln in einer Gesamthöhe von 4 Milliarden Euro entfallen 914 Millionen Euro auf Nordrhein-Westfalen. Der Bund zahlt 90% der anererkennungsfähigen Kosten, maximal 115.000 Euro. Die verbleibenden 10%, die vom Schulträger aufzubringen sind, betragen pro Gruppe von 25 Schülern max. 12.778 Euro. Daraus ergeben sich für Bergisch Gladbach bei 72 geplanten Gruppen Mittel in Höhe von 9.200.016 Euro (davon 8.280.000 vom Bund und 920.016 von der Stadt).

c) Betriebskostenförderung

Die außerunterrichtlichen Leistungen der Betreuung und Förderung in der Grundschule sind:

- Freizeitangebote
- Hausaufgabenhilfe
- Schulische und sozialpädagogische Förderung
- Mittagessen

Die Angebote finden auch in den Ferien statt (zumindest teilweise).

Die Kosten sollen aufgebracht werden von der Stadt Bergisch Gladbach, dem Land (Fördermittel gemäß Runderlaß zur Offenen Ganztagsgrundschule) und durch Elternbeiträge.

Die Elternbeiträge sollen nach Einkommen der Eltern und Dauer der gewünschten Betreuung gestaffelt werden, jedoch maximal 100 Euro/Monat betragen. Bei Geschwisterkindern soll nur der halbe Beitrag erhoben werden.

d) Trägerschaft

Die Trägerschaft soll an jedem Standort zwischen der Schule und einem freien Träger der Jugendhilfe, der die außerunterrichtlichen Angebote verantwortet, vereinbart werden. (Für die für 2004 vorgeschlagenen Standorte stehen entsprechende Träger bereit.)

5. Konkrete Planungen

Für den Einstieg im Schuljahr 2004/05 werden die folgenden sieben Grundschulen vorgeschlagen: Katterbach, An der Strunde, Hebborn, Gronau, Frankenforst und Kippekausen sowie die Wilhelm-Wagener-Schule.

Hier würden Hortgruppen, Schülertreffs, „Schule von acht bis eins“ und Sonderförderungen für Schüler/innen mit Legasthenie bzw. Dyskalkulie in die Angebote aufgehen und diese von den jeweiligen freien Trägern der Jugendhilfe getragen werden (entsprechender Konsens wurde ausgehandelt), wobei eine Reihe weiterer Kooperationspartner zur Verfügung stehen.

Die Standorte wurden nach Dringlichkeit des Bedarfes, Bereitschaft der Grundschulen, Konsens mit den betroffenen freien Träger der Jugendhilfe und Verteilung im Stadtgebiet ausgewählt. Nach den bisherigen Gesprächen ist an diesen Standorten auch eine konzeptionelle Vielfalt zu erwarten.

6. Fazit: Kennzeichen und Argumente für das „Bergisch Gladbacher Modell“

Das Betreuungsangebot wird inhaltlich und personell gegenüber dem Landesvorschlag ausgeweitet. Die Mehrkosten (ca. 400.000 €) werden durch kommunale Mittel aufgebracht, deren Höhe deutlich unter dem jetzigen Aufwand für die kommunale Förderung der bisherigen Angebote liegt.

Die Eltern sollen je nach dem individuellen Bedarf zwischen einer Betreuung bis 15.00 bzw. bis 16.30 Uhr wählen können.

Es ermöglicht ein Betreuungs- und Förderangebot für 40% der Grundschul Kinder.

Somit kann dem Wunsch vieler Eltern nach ganztägiger Betreuung in der Grundschule entsprochen und der Flickenteppich in der Schulkinderbetreuung bereinigt werden. Auch haben die Grundschulen am ehesten die Möglichkeit, die Kinder nach ihrer individuellen Begabung zu fördern.

(Darüber hinaus soll an allen weiterführenden Schulen die „Schule dreizehn plus“ für die Stufen 5 und 6 eingerichtet werden, um den Wegfall der Schülertreffs zu kompensieren und dem bestehenden Betreuungsbedarf zu entsprechen.)

Ganztagsbetreuung für Grundschul Kinder - Vollversion

Inhaltsübersicht

- 1. Vorbemerkungen**
- 2. Überlegungen und Entscheidungen des Landes**
 - 2.1 Rechtsgrundlagen
 - 2.2 Planungsziele des Landes
 - 2.3 Finanzierung der Personal- und Sachkosten (Betriebskosten)
 - 2.4 Kritik am Modell der Offenen Ganztagsgrundschule
- 3. Konsequenzen für die Stadt Bergisch Gladbach**
- 4. Zwei Beispiele einer möglichen praktischen Umsetzung**
 - 4.1 Die rhythmisierte Ganztagschule als eigener Zweig
 - 4.2 Die differenzierte Ganztagschule
- 5. Offene Ganztagsgrundschulen in Bergisch Gladbach**
 - 5.1 Bedarf und angestrebte Versorgung
 - 5.2 Investitionsförderung
 - 5.3 Betriebskostenförderung
 - 5.4 Trägerschaft und weitere Kooperationspartner
 - 5.5 Ausbau des Betreuungsangebots an weiterführenden Schulen
- 6. Planungen für sieben Grundschulen**
 - 6.1 Gemeinschaftsgrundschule Katterbach, Kempener Straße 187
 - 6.2 Gemeinschaftsgrundschule An der Strunde, Am Broich 8
 - 6.3 Gemeinschaftsgrundschule Hebborn, Odenthaler Straße 197
 - 6.4 Gemeinschaftsgrundschule Gronau, Mülheimer Straße 254
 - 6.5 Gemeinschaftsgrundschule Kippekausen, Burgstraße 2
 - 6.6 Kath. Grundschule Frankenforst, Fasanenstraße 11 / Taubenstraße 11-13
 - 6.7 Wilhelm-Wagener-Schule, Ginsterweg 14
- 7. Fazit: Kennzeichen und Argumente für das „Bergisch Gladbacher Modell“**

Anlagen

- Anlage 1 Offene Ganztagsgrundschule im Primarbereich. Runderlass vom 12.02.2003
- Anlage 2 Zuwendungen für die Durchführung außerunterrichtlicher Angebote offener Ganztagschulen im Primarbereich. Runderlass vom 12.02.2003
- Anlage 3 Förderrichtlinie für die Verteilung der Mittel aus dem Bundesprogramm ‚Zukunft Bildung und Betreuung‘ in Nordrhein-Westfalen. Runderlass vom 12.05.2003

1. Vorbemerkungen

„Bildung und Betreuung“ – mit diesen beiden Begriffen ist die Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern über die investive Förderung von Ganztagschulen überschrieben und mit diesen beiden Begriffen werden schlagwortartig die zentralen Anliegen benannt, die die Diskussionen um die Ganztagschule und die Planungen zum Ausbau von Ganztagsangeboten für Schulkinder prägen.

Zum einen wird mit der Einrichtung von Ganztagschulen die Absicht verfolgt, die Qualität der Bildung zu erhöhen und durch die Förderung sowohl leistungsschwacher wie hochbegabter Kinder dem individuellen Leistungsvermögen der Kinder besser zu entsprechen.

Zum anderen wird mit der Einrichtung von Ganztagschulen das Ziel verfolgt, einen Beitrag zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu leisten. Bedenkt man, dass die Müttererwerbstätigkeit konjunkturabhängig stetig steigt und bei den Müttern mit Kinder im Grundschulalter mittlerweile bei etwa 60 % liegt, müssen zusätzliche Anstrengungen für eine gesicherte Betreuung der Kinder – insbesondere der Grundschul Kinder – unternommen werden. Die überwältigende Mehrzahl der Eltern von Grundschulkindern wünscht sich entsprechende Angebote in bzw. an der Schule.

Zu bedenken bleibt, dass es in Deutschland an einer ausgeprägten Kultur der Ganztagschule fehlt, weshalb mit der nötigen Sorgfalt tragfähige Lösungen für den Ausbau der Halbtagschulen zu Schulen mit Ganztagsangeboten zu entwickeln sind. Umso wichtiger ist es, die Träger der freien Jugendhilfe, die über langjährige und umfangreiche Erfahrungen in der außerunterrichtlichen Betreuung und Förderung von Schulkindern verfügen, für die Kooperation mit den Schulen zu gewinnen, damit dieser Erfahrungsschatz dem Aufbau der Ganztagschulen und damit den Kindern zu Gute kommt.

Im Spannungsfeld zwischen Erziehungsverantwortung der Eltern, Vereinbarkeit von Familie und Erwerbsarbeit sowie staatlicher Bildungsaufgabe sollen die folgenden Ausführungen für diese Situation pädagogisch vertretbare Alternativen vorstellen, die mit den knappen Finanzmitteln ein qualitativ hinreichendes und bedarfsgerechtes (Versorgungsquote) Angebot ermöglichen. Damit soll der Diskussionsprozess fortgesetzt werden, wie in der Stadt Bergisch Gladbach künftig Unterricht, Betreuung und Förderung der Kinder in den Grundschulen gestaltet werden soll.

2. Überlegungen und Entscheidungen des Landes

Ursprünglich verfolgten Landesregierung und Regierungsfractionen den flächendeckenden Ausbau zur Ganztagsgrundschule. Dies hätte bedeutet, dass die Entwicklung und die Verantwortung für das Angebot sowie die Finanzierung des pädagogischen Personals originärer Bestandteil der Aufgaben des Landes geblieben wäre.

Das Land hat sich von diesen Vorstellungen entfernt und sich statt dessen entschieden, die beiden bisher getrennten Systeme Schule und Jugendhilfe hinsichtlich der Betreuung und Förderung der Grundschul Kinder unter dem Dach der Grundschule zusammenzuführen. Für dieses neue Modell hat das Land den Begriff der „Offenen Ganztagsgrundschule“ gewählt.

2.1 Rechtsgrundlagen

Den rechtlichen Regelungen des Landes Nordrhein-Westfalen über die Offenen Ganztagsgrundschulen liegt die Absicht zu Grunde, Parallelstrukturen abzubauen und die Betreuungs- und Förderangebote von Schule und Jugendhilfe für Grundschulkindern unter dem Dach der Grundschule zusammenzuführen. Da die Kommunen verpflichtet sind, für Kinder im schulpflichtigen Alter nach Bedarf Plätze in Tageseinrichtungen vorzuhalten (§ 24 Kinder- und Jugendhilfegesetz) und diese Verpflichtung mit der Einrichtung von Ganztagsgrundschulen erfüllt werden kann (das Kindertagesstättengesetz – GTK – wurde entsprechend durch Artikel 14 des Schulrechtsänderungsgesetzes 2003 geändert), leitet die Landesregierung daraus eine Mischfinanzierung der Betriebskosten aus Mitteln des Landes, der Kommunen und der Eltern ab.

Das Nähere ist in den Erlassen des Ministeriums für Schule, Jugend und Kinder über

- die „Offene Ganztagsgrundschule im Primarbereich“ vom 12.02.2003 (Anlage 1),
 - „Zuwendungen für die Durchführung außerunterrichtlicher Angebote offener Ganztagsgrundschulen im Primarbereich“ vom 12.02.2003 (Anlage 2) und
 - „Förderrichtlinie für die Verteilung der Mittel aus dem Bundesprogramm ‚Zukunft Bildung und Betreuung‘ in Nordrhein-Westfalen“ vom 12.05.2003 (Anlage 3)
- geregelt. Die Runderlasse gelten zunächst bis zum 31.07.2007.

2.2 Planungsziele des Landes

Mit den Runderlassen verfolgt die Landesregierung u.a. das Ziel, die Vielzahl an Maßnahmen zur Betreuung und Förderung von Grundschulkindern

- Schule von acht bis eins,
- Schule dreizehn plus,
- Schülertreff und
- Hort

unter dem Dach der Grundschule zu bündeln und zukünftig als Offene Ganztagsgrundschulen anzubieten.

Die offene Ganztagsgrundschule erstreckt sich gemäß Landeserlass von montags bis freitags (außer an Feiertagen) von spätestens 8:00 Uhr bis 16:00 Uhr, bei Bedarf auch länger, mindestens aber bis 15:00 Uhr.

In den Ferien ist ein Ferienprogramm zu organisieren, das ggf. auch schulübergreifend bereitgestellt werden kann.

Die ersten 230 Grundschulen werden ab Sommer 2003 als Offene Ganztagsgrundschulen betrieben. Für diese Schulen mussten die Anträge bis 31.05.2003 gestellt werden. Für die folgenden Jahre sind die Anträge bis zum 30. April zu stellen. Bis zum Jahre 2007 sollen dann zwei Drittel aller Grundschulen in Nordrhein-Westfalen zu offenen Ganztagsgrundschulen ausgebaut sein. Dann soll es für 25 % der Grundschulkindern ein Betreuungsangebot geben (statt bisher für etwas mehr als 10 % der Schüler/innen). Die restlichen Grundschulen sollen bis 2010 zu Offenen Ganztagsgrundschulen ausgebaut sein.

Eine parallele Förderung von Jugendhilfeangeboten (Hort, große altersgemischte Gruppe und Schülertreff) im Grundschulbezirk wird abgelehnt. Zum 31.12.2005 läuft die Förderung des Landes für Schülertreffs aus. Mit Ende des Schuljahres 2006/07 sieht das Land auch keinen Bedarf mehr seinerseits zur Finanzierung der ggf. noch bestehenden Horte und großen altersgemischten Gruppen beizutragen.

Aktuell wird zudem wieder einmal darüber nachgedacht, die Landesförderung für Kindertageseinrichtungen als Pauschale in die Gemeindefinanzierung aufzunehmen. Dies wird zu einer Absenkung der Landesquote bei der Finanzierung führen, insbesondere in den Kommunen, die wie Bergisch Gladbach eine überdurchschnittlich gut ausgebaute Angebotsstruktur haben.

2.4 Finanzierung der Personal- und Sachkosten (Betriebskosten)

Für 25 % der Schüler/innen wird eine Pro-Kopf-Pauschale von jährlich 1.230 € gewährt. Davon trägt das Land zwei Drittel (= 820 €) und der Schulträger ein Drittel (= 410 €). Diese Mittel können flexibel je nach den unterschiedlichen Bedürfnissen und differenzierten Förderbedarfen der Kinder für entstehende Personal- und Sachkosten verwendet werden.

Der Landesanteil an der Pro-Kopf-Pauschale von 820 € vermindert sich um 205 €, wenn für den Ganztagsbetrieb ein Lehrerzuschlag in Anspruch genommen wird (0,1 Lehrerstelle pro 25 Kinder = 2,8 Unterrichtsstunden oder 4,1 Arbeitsstunden wöchentlich).

Von den Eltern kann der Schulträger Elternbeiträge von monatlich bis zu 100 € erheben, die sozial gestaffelt werden und für Geschwisterkinder ermäßigte Beiträge vorsehen sollen. Für die Mittagsverpflegung kann von den Eltern ein zusätzlicher Beitrag erhoben werden.

Voraussetzung für die Förderung der Offenen Ganztagsgrundschulen ist die Einstellung der bisherigen Maßnahmen im Einzugsgebiet der betreffenden Grundschulen:

- Schule von acht bis eins
- Schule dreizehn plus
- Schülertreff
- Hort

2.5 Kritik am Modell der Offenen Ganztagsgrundschule

Über die Verantwortlichkeiten und Zuständigkeiten im Zusammenhang mit dem Ausbau der Grundschulen zu Offenen Ganztagsgrundschulen besteht zwischen Landesregierung einerseits und Städtetag, Städte- und Gemeindebund und Landkreistag Nordrhein-Westfalen andererseits ein Dissens

Nach den Vorstellungen der Landesregierung wird mit der Offenen Ganztagsgrundschule die bisherige Zuständigkeit des Landes für die Gestaltung und Finanzierungsverantwortung der inneren Schulangelegenheiten nicht verändert. Das Land stellt bis zum Jahr 2007 weitere 800 Lehrerstellen für die Offenen Ganztagsgrundschule zur Verfügung. Die Kommunen sind in der personellen Ausgestaltung nur zuständig für Personen, die für die außerunterrichtlichen Angebote eingesetzt werden. Die Einstellung von Lehrern obliegt ausschließlich dem Land. Die Finanzierungsverantwortung des Landes für Unterricht in Schulen wird nicht auf die Kommunen verschoben.

Das Land Nordrhein-Westfalen zieht sich aus der Verantwortung und übergibt diese an die Schulträger. Es leistet lediglich einen finanziellen Beitrag von 820 € pro Platz (oder 615 € und 0,1 Lehrerstellen pro 25 betreute Kinder). Gleichzeitig wird der Runderlass zur Ganztagschule vor dem Hintergrund der Erlasse zur Offenen Ganztagsgrundschule überarbeitet und damit die Errichtung echter Ganztagschulen zu Gunsten Offener Ganztagsgrundschulen zurückgestellt. Es zeigt sich eher die Tendenz, dass echte Ganztagschulen zu offenen Ganztagschulen umgewandelt werden sollen und damit würde das Land auch diesen Teil an Verantwortung an die Schulträger abgeben, den es bisher bei den echten Ganztagschulen zu tragen bereit war.

Die kommunalen Spitzenverbände in Nordrhein-Westfalen sind demgegenüber der Auffassung, dass sich Zuständigkeiten und Finanzierungsverantwortung an den für die Halbtagschulen und die traditionellen Ganztagschulen geltenden Grundsätzen zu orientieren haben. Dies bedeutet zum einen die Verantwortung der Schulen für ein einheitliches pädagogisches Gesamtkonzept und zum anderen die Verpflichtung des Landes, die zur Umsetzung dieses Konzeptes erforderlichen personellen Ressourcen vollständig und dauerhaft zu finanzieren. Dies betrifft nicht nur die an den Schulen tätigen Lehrern/innen, sondern auch das im Übrigen erforderlich werdende pädagogische Fachpersonal. Eine Unterscheidung in unterrichtliche und außerunterrichtliche pädagogische Angebote, wie sie in der vorliegenden Förderrichtlinie vorgenommen wird, wird mit Blick auf das notwendige integrierte pädagogische Gesamtkonzept von den kommunalen Spitzenverbänden als nicht sachgerecht angesehen.

Nach Auffassung des Städte- und Gemeindebundes zeigen die Ergebnisse der PISA-Studie, dass es bei einem Ausbau der schulischen Angebote nicht allein um die Schaffung weiterer Betreuungsplätze gehen darf. Vielmehr müssen Ganztagsangebote im Primarbereich im Sinne einer Verbesserung schulischer Leistungen von einem einheitlichen pädagogischen Konzept getragen werden, welches sowohl eine Rhythmisierung des Unterrichts als auch eine sinnvolle Verzahnung zusätzlicher außerunterrichtlicher Angebote mit curricularen Inhalten erlaubt.

Da die Gesamtverantwortung für ein solches pädagogisches Konzept als Teil der inneren Schulangelegenheiten beim Land liegt, folgt daraus aus der Sicht der kommunalen Spitzenverbände auch die Verpflichtung des Landes, die zur Umsetzung dieses Konzeptes erforderlichen personellen Ressourcen vollständig und dauerhaft zu finanzieren. Dies betrifft nicht nur die an den Schulen tätigen Lehrer/innen, sondern auch das im Übrigen erforderlich werdende nicht-lehrende Fachpersonal, soweit im Rahmen der wünschenswerten Kooperation von Schule und Jugendhilfe auch andere Personen in die Umsetzung dieses pädagogischen Konzepts einzubeziehen sind. Modelle zum Ausbau der Grundschulen zu Offenen Ganztagschulen müssen in jedem Fall so gestaltet sein, dass im Interesse des Erhalts gleichwertiger Lebensverhältnisse allen Schulträgern zeitgleich die Möglichkeit zur Schaffung solcher Angebote eröffnet wird.

Neben der Kritik der kommunalen Spitzenverbände wird u.a. seitens einiger Wohlfahrtsverbände kritisiert, dass die finanzielle Ausstattung der Offenen Ganztagsgrundschule gemessen an der Förderung der Horte zu niedrig ist. Vergleicht man die Kosten für die verschiedenen Angebotsformen, wird diese Kritik aus der Warte der Horte verständlich:

Jährliche Kosten pro Platz	Hort in Trägerschaft einer Kirchengemeinde (20er-Gruppe)	Hort in Trägerschaft eines Elternvereins (20er-Gruppe)	Schülertreff (20er-Gruppe)	Schule von acht bis eins (10er-Gruppe)	Schule dreizehn plus (10er-Gruppe)	Offene Ganztagsgrundschule (ohne zusätzliche kommunale Förderung)
Land	1.440 €	1.540 €	511 €	400 €	500 €	820 €
Stadt	1.440 €	2.195 €	415 €	0 €	0 €	0 €
Eltern	720 €	720 €	262 €	400 €	400 €	410 €
Träger	900 €	45 €	12 €	0 €	0 €	0 €
insgesamt	4.500 €	4.500 €	1.200 €	800 €	900 €	1.230 €

Nimmt man die Kosten eines Hortplatzes zum Maßstab (= 100,0 %), dann ergeben sich für die anderen Angebotsformen für Grundschul Kinder folgende Anteile:

- 26,7 % Schülertreff
- 17,8 % Schule von acht bis eins

- 20,0 % Schule dreizehn plus
- 27,3 % Offene Ganztagsgrundschule (ohne zusätzliche kommunale Förderung)

In NRW gibt es derzeit ca.

- 44.000 Hortplätze (davon 14.000 in Großen Altersgemischten Gruppen),
- 10.200 Plätze in Schülertreffs,
- 13.000 Plätze in der „Schule von acht bis eins“ und
- 10.000 Plätze in der Schule „dreizehn plus“.

D.h. die Förderung für die Plätze in der „Schule von acht bis eins“ und der Schule „dreizehn plus“ macht höchstens ein Fünftel von einem Hortplatz aus, so dass bei Überführung des Hortangebots in die Offene Ganztagsgrundschule die landesweit ca. 44.000 Hortkinder erhebliche Abstriche hinnehmen müssten. Dagegen würden sich mit Einführung der Offenen Ganztagsgrundschule die Rahmenbedingungen für die landesweit ca. 23.000 Kinder verbessern, die derzeit die Angebote der „Schule von acht bis eins“ und der Schule „dreizehn plus“ in Anspruch nehmen. Zugleich ermöglicht die Umverteilung der Mittel, dass mehr Kinder in den Genuss eines Betreuungs- und Förderangebots kommen.

Schließlich wird bemängelt, dass mit Verzicht auf die Horte und Schülertreffs bei Einrichtung Offener Ganztagsgrundschulen die Betreuung und Förderung für die Schüler/innen weiterführender Schulen entfällt.

3. Konsequenzen für die Stadt Bergisch Gladbach

Zum 31.12.2002 waren die 4.485 Bergisch Gladbacher Kinder im Grundschulalter, die in 21 Grundschulen und einer Sonderschule mit Primarstufe (Wilhelm-Wagner-Schule) beschult werden, wie folgt mit nachschulischen Betreuungsplätzen versorgt:

- 813 Plätze in Horten (18,1 %)
- 240 Plätze in Schülertreffs (5,4 %)
- 170 Plätze in „Schule von acht bis eins“ (3,8 %)
- 20 Plätze in „Schule dreizehn plus“ (0,4 %)

Insgesamt gibt es also 1.243 Plätze für 4.485 Kinder im Grundschulalter, die zu 27,7 % versorgt sind. Damit besteht ein flächendeckendes und deutlich über dem Landesdurchschnitt liegendes Versorgungsangebot, das aber nicht bedarfsdeckend ist und erhebliche städtische Mittel bindet.

Theoretisch bieten sich drei unterschiedliche Handlungsalternativen:

1. Keine Teilnahme am Projekt Offene Ganztagsgrundschule
2. Umsetzung der Erlasse zur Offenen Ganztagsgrundschule
3. Entwicklung eines eigenen Modells für Ganztagsangebote für Grundschüler/innen unter Nutzung der Erlasse zur Offenen Ganztagsgrundschule

Dabei muss bedacht werden, dass die Fördermittel für den Hortbereich ab 2007 gestrichen werden und die Landesförderung für die Schülertreffs bereits 2005 ausläuft. Das hat zur Folge, dass die Stadt Bergisch Gladbach bis spätestens 2007 für das bisher hochwertige und breite Angebot Alternativen geschaffen haben muss, wenn sie nicht die bisherigen Landesmitteln durch kommunale Mittel ersetzen will (kann) oder das Angebot beträchtlich eingeschränkt werden soll.

Demgegenüber ist zu beachten, dass durch die Umschichtung von Geldern aus der Jugendhilfe (Schülertreffs, Horte, große altersgemischte Gruppen) in neue Ganztagsangebote in den Grundschu-

len auf Grund der besonderen Situation der Stadt eine Finanzierung möglich ist, die kostenneutral erfolgen kann und die Bedingungen des Haushaltssicherungskonzepts erfüllt. Im investiven Bereich können nur die Mittel eingesetzt werden, die von der Bundesregierung für die Ganztagsbetreuung bereitgestellt werden.

Mit der Beteiligung am Modellprojekt „Selbstständige Schule“ hat die Stadt Bergisch Gladbach einen wichtigen innovativen Schritt gewagt, einen Beitrag zur Verbesserung des Bildungssystems zu leisten. Dabei war der Schulträger bereit, sich auch mit inneren Schulangelegenheiten zu befassen. Wenn die Verbesserung der Bildung durch Regionalisierung und Selbstständigkeit erreicht wird, wird der Schulträger in eine völlig neue Rolle schlüpfen. Verbindlichkeit von Bildungsstandards und Standards von Abschlüssen werden vom Land gesetzt, aber die Umsetzung und Ausgestaltung geschieht dann in der Region und an der einzelnen Schule, was zwangsläufig in Verantwortung der Kommune geschieht. Damit können Schulträger auch stärker bildungspolitisch planerisch tätig werden und durch kurze Wege vor Ort mehr für die Ausbildung der Kinder und Jugendlichen tun. Durch die Verzahnung von Jugendhilfe und Schule ergeben sich auch für die Verwaltung neue Möglichkeiten. Durch die geschickte Zusammenführung von Ressourcen können Kosten minimiert werden.

Wenn einzelne Schulen vor Ort – in Zusammenarbeit mit bewährten Trägern der freien Jugendhilfe – mit Unterstützung durch die Jugendhilfe und den Schulträger die Entwicklung neuer Angebotsformen planen und durchführen, kann aus diesem Modell etwas Sinnvolles und Wertvolles werden, was auf den ersten Blick so dem Ansatz des Landes nicht zu entnehmen ist. Damit wird auch den Eltern die Angst genommen, mit der Aufgabe der Horte würde die Qualität der Betreuung sinken; denn bei einer Umsetzung des Erlasses nach den Vorgaben des Landes ginge die Qualität der Betreuung zurück und aus Betreuung würde Verwahren.

Ziel der Planungen der Fachbereiche 4 und 5 kann nur sein, die Qualität beizubehalten. Dies erfolgt durch die Einbindung der Schulen in den Prozess, so wie der Erlass es auch vorsieht. Durch die vernetzte Zusammenarbeit von Schulleitung, Schule, Jugendhilfe, Schulverwaltung und Kooperationspartnern kann das erreicht werden, was dem Erlass so nicht zu entnehmen ist: eine Qualitätssteigerung im Bildungssektor.

4. Zwei Beispiele einer möglichen praktischen Umsetzung

Um zu verdeutlichen, wie die Umstrukturierung der Betreuungs- und Förderangebote für Grundschulkindern in Bergisch Gladbach funktionieren könnte, werden im Folgenden zwei Modelle vorgestellt. Diese Modelle sind nur zwei **Beispiele** von vielen möglichen Ansätzen, die verdeutlichen sollen, dass vor Ort im Zusammenwirken aller Verantwortlichen unterschiedlichste Lösungen gefunden werden können. Wie Unterricht, Förderung und Betreuung im Einzelfall aussehen kann, beruht auf konzeptionellen Überlegungen und Entscheidungen in der jeweiligen Schule. Die Skala der Möglichkeiten reicht von der Kooperation einzelner Schulen mit einem bestimmten Träger, der für die Schule das Nachmittagsangebot organisiert und durchführt, bis zu der Schule, die in Eigenregie und eigener Verantwortung den Ganzttag organisiert.

Mit differenzierten Konzepten und unterschiedlichen Trägern kann die Betreuung in den Grundschulen gestaltet werden, so wie die jeweilige Schule sich ihr Angebot vorstellt. Damit bleibt auch Raum für die freien Träger der Jugendhilfe, sich in die jeweiligen Konzepte einzubringen.

4.1 Die rhythmisierte Ganztagschule als eigener Zweig

Bei diesem Modell, das aus der Schulpraxis entwickelt wurde, wird davon ausgegangen, dass die Ganztagschule als eigener Schulzweig an einer Schule geführt wird. Das könnte z.B. bedeuten,

dass an einer dreizügigen Grundschule zwei Klassen nach dem bisherigen Modell angeboten werden und eine vollständige Klasse im Ganztagsbetrieb.

Dieses Modell hat den Vorteil, dass ein rhythmisierter Tagesablauf geplant werden kann und der Einsatz von Lehrerinnen und Lehrern sowie weiterem pädagogischen Personal miteinander verzahnt wird, d.h. am Nachmittag können auch Lehrerinnen und Lehrer zum Einsatz kommen, am Vormittag andere pädagogische Kräfte.

Ein weiterer Vorteil besteht darin, dass kein besonderer Raumbedarf erzeugt wird, weil die Ganztagsklasse „ihren“ Klassenraum ganztägig nutzen kann. Andere Betreuungsgruppen müssten Gäste in bestehenden Klassenräumen sein, was erfahrungsgemäß zu Problemen führt, da „Gäste“ sich doch anders verhalten als die „Besitzer“, wie der pädagogische Alltag zeigt.

Das Angebot bei diesem Modell ist bis 15:00 Uhr verbindlich (montags bis freitags) und wird ergänzt durch ein zusätzliches Angebot bis 16:30 oder 17:00 Uhr für die Eltern, die bis zu diesem Zeitpunkt ihre Kinder betreut wissen wollen.

Um eine sinnvolle Planung und einen effektiven Betrieb zu gewährleisten, sollte dieses Modell in Abweichung vom Erlass, aber in Anlehnung an die Grundschulrichtlinien für zwei Jahre verbindlich sein. Dieses schulische Angebot könnte wie folgt gestaltet werden:

Stundenplan Klasse 1

Zeit	Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag
7.30 – 8.00	offener Anfang				
8.00 – 8.45	UE	UE	UE	UE	UE
8.45 – 9.30	UE	UE	UE	UE	UE
9.30 – 9.40 9.40 – 10.00	Frühstücks- pause Spielpause	Frühstücks- pause Spielpause	Frühstücks- pause Spielpause	Frühstücks- pause Spielpause	Frühstücks- pause Spielpause
10.00 – 10.45	UE	Sport / Ent- spann.	UE	Sport / Ent- spann.	UE
10.45 – 11.30	Sport / Ent- spann.	UE	Sport / Ent- spann.	UE	Sport / Ent- spann.
11.30 – 11.45	Spielpause	Spielpause	Spielpause	Spielpause	Spielpause
11.45 – 12.30	Förderunter- richt	Hausaufgaben	Förderunter- richt	Hausaufgaben	Hausaufgaben
12.30 – 13.30	Mittagessen/ Spiel- oder Entspannungspause				
13.30 – 14.15	Hausaufgaben	Computer AG	Hausaufgaben	Musik	Kunst
14.15 – 15.00	Förderunter- richt	Computer AG	Förderunter- richt	Musik	Kunst
15.00 – 15.15	Spielpause				
15.15 – 17.00	Weitere Freizeitangebote und Ags				

Erklärungen: 15 UE Deutsch, Mathematik, Sachkunde, Religion, Kunst
 3 Stunden Sport nach Plan 2 zusätzliche Stunden
 2 Stunden Förderunterricht nach Plan und 2 Stunden Förderunterricht
 zusätzlich 11 Stunden AG und zusätzliche Maßnahmen je nach Schwerpunktsetzung

Die Zeit von 15.15 – 17.00 Uhr ist freiwillig, evtl. Angebote können gegen Gebühr auch von Kindern des „normalen“ Zweiges übernommen werden.

Stundenplan Klasse 3

Zeit	Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag
7.30 – 8.00	offener Anfang				
8.00 – 8.45	UE	UE	UE	UE	UE
8.45 – 9.30	UE	UE	UE	UE	UE
9.30 – 9.40 9.40 – 10.00	Frühstücks- pause Spielpause	Frühstücks- pause Spielpause	Frühstücks- pause Spielpause	Frühstücks- pause Spielpause	Frühstücks- pause Spielpause
10.00 – 10.45	UE	UE	UE	UE	UE
10.45 – 11.30	UE	UE	UE	UE	UE
11.30 – 11.45	Spielpause	Spielpause	Spielpause	Spielpause	Spielpause
11.45 – 12.30	Sport / Ent- spann.	Förderunter- richt	Sport / Ent- spann.	Förderunter- richt	Sport / Ent- spann.
12.30 - 13.15	Förderunter- richt	Sport / Ent- spann.	Förderunter- richt	Sport / Ent- spann.	UE
13.15 – 14.00	Mittagessen/ Spiel- oder Entspannungspause				
14.00 – 15.00	Hausaufgaben	Hausaufgaben	Hausaufgaben	Hausaufgaben	Hausaufgaben
15.00 – 15.15	Spielpause				
15.15 – 17.00	Weitere Freizeitangebote und Ags				

Erklärungen: 21 UE Deutsch, Mathematik, Sachkunde, Englisch, Religion, Kunst
 3 Stunden Sport nach Plan 2 zusätzliche Stunden
 2 Stunden Förderunterricht nach Plan und 2 Stunden Förderunterricht
 zusätzlich 5 Stunden Hausaufgabenbetreuung oder zusätzliche Maßnahmen je nach
 Schwerpunktsetzung

Die Zeit von 15.15 bis 17.00 Uhr ist freiwillig, evtl. Angebote können gegen Gebühr auch von Kindern des „normalen“ Zweiges übernommen werden.

Für das erste Schuljahr ergäbe sich ein zusätzlicher Bedarf an 15 Unterrichtsstunden, für das dritte Schuljahr zusätzlich 9 Unterrichtsstunden, die über die Mittel für die offene Ganztagschule finanziert werden müssten. Der Einstieg in das Modell sollte sukzessiv erfolgen, d.h. in jedem Schuljahr eine Jahrgangsstufe mehr.

Mit den zur Verfügung stehenden Beträgen ließe sich ein pädagogisch anspruchsvolles und qualitativ hochstehendes Angebot (Personal - und Sachmittel) erstellen, indem die Schule sich über Kooperationsvereinbarungen mit dem Haus der Musik, mit der Volkshochschule, mit den Museen, mit Sportvereinen, mit anderen freien Trägern der Jugendarbeit, mit Verkehrswacht, usw. entsprechende Stunden „einkauft!“ sowie unter Einsatz von Sozialpädagogen und Lehramtsstudenten Förderangebote realisiert. Damit wächst auch der Schulleitung eine besondere Aufgabe hinsichtlich des Qualitätsmanagements zu. Der Stellenzuschlag des Landes (0,1 Lehrerstellen pro 25 betreute Kinder) sollte in solchen Fällen dazu eingesetzt werden, die Unterrichtsverpflichtungen von Schulleitungen zu reduzieren.

Kann dann noch der Schulträger über Kooperationsvereinbarungen mit örtlichen Krankenhäusern oder ähnliche Anbietern die Leistung für das Mittagessen einkaufen (inkl. Geschirr, Service) wird sich das Volumen an notwendigen Investitionen als überschaubar erweisen, wenn genügend Räume an den Schulen zur Verfügung stehen.

4.2 Die differenzierte Ganztagschule

Das Konzept der differenzierten Ganztagsgrundschule lässt sich stärker von dem Betreuungsbedarf leiten, den die Eltern für ihre Kinder anmelden. Danach ist davon auszugehen, dass der Bedarf an ganztägiger Betreuung

- im Wesentlichen für zwei Betreuungszeiten gegeben ist (die Betreuung bis zum frühen Nachmittag = 15:00 Uhr und die Betreuung bis zum späten Nachmittag = bis mindestens 16:30 Uhr),
- für Kinder aus allen Jahrgängen und allen Klassen angemeldet wird; die ganztägige Betreuung muss auch dann gewährleistet werden, wenn sich die Zahl der angemeldeten Kinder nicht in 25er-Gruppen darstellen lässt,
- sich wandelt; entsteht der Bedarf für ein Kind oder fällt er für das Kind weg, darf das nicht mit dem Wechsel in eine andere Klasse einhergehen.

Die Rhythmisierung im Rahmen des Ganztagsbetriebs – d.h. außerunterrichtliche Elemente am Vormittag und umgekehrt Unterrichtsstunden am Nachmittag – ist bei diesem Modell nur sehr begrenzt möglich.

Stundenplan Klasse 1 (mit 20 Stunden Unterricht bis täglich 11:30 Uhr)

Zeit	Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag
7:30 – 8:00	offener Anfang				
8:00 – 8:45	UE	UE	UE	UE	UE
8:45 – 9:30	UE	UE	UE	UE	UE
9:30 – 10:00	Frühstücks- und Spielpause				
10:00 – 10:45	UE	UE.	UE	UE.	UE
10:45 – 11:30	Sport	Förderunterricht	Sport	Förderunterricht	Sport
11:30 – 12:30	Mittagessen / Spiel- oder Entspannungspause				
12:30 – 13:30	HA / Förderung	HA / Förderung	HA / Förderung	HA / Förderung	HA / Förderung
13:30 – 14:15	Theater-AG	Computer-AG	Fußball-AG	Musik-AG	Kunst-AG
14:15 – 15:00	Theater-AG	Computer-AG	Fußball-AG	Musik-AG	Kunst-AG
15:00 – 15:15	Imbiss / Spiel- oder Entspannungspause				
15:15 – 16:30	Garten-AG	Werken-AG	Lese-AG	Kletter-AG	Wald-AG

Erklärung: 15 UE Deutsch, Mathematik, Sachkunde, Religion, Kunst

Stundenplan Klasse 3
(mit 25 Stunden Unterricht bis täglich 12:30 Uhr)

Zeit	Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag
7:30 – 8:00	offener Anfang				
8:00 – 8:45	UE	UE	UE	UE	UE
8:45 – 9:30	UE	UE	UE	UE	UE
9:30 – 10:00	Frühstücks- und Spielpause				
10:00 – 10:45	UE	UE.	UE	UE.	UE
10:45 – 11:30	UE	UE.	UE	UE.	UE
11:30 – 11:45	Spiel- oder Entspannungspause				
11:45 – 12.30	Sport	Förderunter- richt	Sport	Förderunter- richt	Sport
12:30 – 13:30	Mittagessen / Spiel- oder Entspannungspause				
13:30 – 14:15	Hausaufgaben	Fußball-AG	Hausaufgaben	Computer-AG	Hausaufgaben
14:15 – 15:00	Förderung	Fußball-AG	Förderung	Computer-AG	Förderung
15:00 – 15:15	Imbiss / Spiel- oder Entspannungspause				
15:15 – 16:30	Musik-AG	Theater-AG	Wald-AG	Werken-AG	Schwimm-AG

Erklärung: 20 UE Deutsch, Mathematik, Sachkunde, Religion, Kunst, Englisch

Kinder, die nicht für eine außerunterrichtliche Betreuung angemeldet sind, oder nur die Betreuung bis 15:00 Uhr in Anspruch nehmen, sollen die Möglichkeit haben, einzelne Angebote, die außerhalb ihrer regelmäßigen Betreuungszeit liegen, gegen eine zusätzliche Gebühr wahrnehmen zu können.

5 Förderung und Betreuung für Grundschulkinder in Bergisch Gladbach

5.1 Bedarf und angestrebte Versorgung

Planungsziel des Landes

Das Land strebt in einer ersten Ausbaustufe eine landesweite Betreuung und Förderung für 25 % der Grundschulkinder in Offenen Ganztagschulen an. Bei ca. 800.000 Kindern sollen also ca. 200.000 Plätze in Offenen Ganztagsgrundschulen entstehen. Dafür sollen bis 2007 zwei Drittel aller Grundschulen zu Offenen Ganztagschulen ausgebaut sein. Die Planungsziele des Landes sind Durchschnittswerte. Sie lassen zu, dass in Kommunen eine höhere Versorgung angestrebt wird und auch dass in Kommunen bis 2007 alle Grundschulen zu Offenen Ganztagschulen ausgebaut werden.

Planungsziel der Stadt Bergisch Gladbach

Da in Bergisch Gladbach etwa 60 % der Mütter mit Kinder im Grundschulalter erwerbstätig sind, ist es verständlich, dass trotz der vergleichsweise guten Versorgung (siehe 3. Einleitung) nahezu alle Einrichtungen lange Wartelisten haben und bei weitem nicht alle angemeldeten Grundschulkin-der aufnehmen können.

Entsprechend den Ergebnissen der im Frühjahr 2000 in Bergisch Gladbach durchgeführten Elternbefragung soll deshalb für 40 % der Kinder im Grundschulalter ein Betreuungs- und Förderangebot über die Unterrichtszeit hinaus bereitgehalten werden (so Stand der Jugendhilfeplanung). Dem Wunsch der Eltern würde entsprechen das Betreuungs- und Förderangebot für Grundschulkin-der ausschließlich in den Grundschulen bereit zu stellen.

Derzeit gibt es in Bergisch Gladbach an allen Grundschulstandorten Betreuungs- und Förderange-bote für Grundschulkin-der. Daran darf sich durch die Umstrukturierung der Betreuungs- und Förde-rangebote nichts ändern. Weiterhin ist eine wohnbereichsnahe Versorgung der Kinder sicherzustel-len; auch um „Wettbewerbsverzerrungen“ zwischen den Grundschulen zu vermeiden.

Entsprechend den unterschiedlichen Bedarfslagen der Familien sollten die Eltern und Kinder zwi-schen zwei Betreuungszeiten wählen können:

- 7:30 – 15:00 Uhr Über-Mittag + Früher Nachmittag (= bisher Schülertreff)
- 7:30 – 16:30 Uhr Über-Mittag + Früher Nachmittag + Später Nachmittag (= bisher Hort)

5.2 Investitionsförderung

Bundesmittel

Der Bund stellt in den Jahren 2003 bis 2007 insgesamt 4 Milliarden € für den Ausbau von Schulen zu Ganztagschulen bereit. Mit Hilfe des Investitionsprogramms sollen ca. 10.000 Schulen zu Ganztagschulen ausgebaut werden. D.h. für jede dieser Schulen stehen durchschnittlich ca. 400.000 € zur Verfügung. Von den 4 Milliarden € sind ca. 914 Millionen € für Schulen in Nord-rhein-Westfalen vorgesehen.

Für Grundschulen, die gemäß den beiden Landeserlassen zu Offenen Ganztagschulen vom 12.02.2003 ausgebaut werden sollen, können Mittel zur Finanzierung von Bau- und Einrichtungs-kosten beantragt werden. Hierzu hat das Land am 12.05.2003 die „Förderrichtlinie für die Verteilung der Mittel aus dem Bundesprogramm ‚Zukunft Bildung und Betreuung‘ in Nordrhein-Westfalen“ erlassen (siehe Anlage 3).

Das Land unterstellt, dass die Betreuung und Förderung der Kinder in Offenen Ganztagsgrundschu-len in Gruppen von 25 Kindern erfolgt. Um bis 2007 die angestrebte Platzzahl von ca. 200.000 zu erreichen, müssen danach in den Grundschulen ca. 8.000 Gruppen eingerichtet werden. Verteilt man die für Nordrhein-Westfalen vorgesehenen Bundesmittel von 914 Mio. € auf die ca. 8.000 Gruppen, so ergeben sich je Gruppe 115.000 €.

Die Fördermittel je Gruppe (Festbeträge) verteilt das Land gemäß Förderrichtlinie wie folgt:

- 80.000 € für Neubau, Umbau, Erweiterung, Renovierung und ggf. auch Erwerb von geeigneten Räumen aller Art für Unterrichts-, Spiel-, Sport-, Aufenthalts- und Verpflegungszwecke von Kindern sowie für Arbeits- und Aufenthaltszwecke von Lehrerinnen und Lehrern und des weite-ren an Ganztagschulen tätigen Personals;

- 25.000 € für Ersteinrichtung nebst Ausstattung mit Lehr- und Lernmitteln wie Sport- und Spielgeräte, Hardware, Musikinstrumente, Geräte und Materialien für naturwissenschaftliche Experimente, Software, Bücher, Medien, Freiarbeits- und Selbstlernmaterialien;
- 10.000 € für die Herrichtung und Ausstattung des Schulgrundstücks für Lern-, Spiel-, Sport- und Aufenthaltszwecke der Kinder.

Kommunale Mittel

Die Förderung entspricht 90 % der Gesamtkosten. Vom Schulträger sind 10 % aufzubringen. Damit ergeben sich je 25 Kinder Investitionsmittel in Höhe von 127.790 €:

• Baumaßnahmen: Bund 80.000 € (90 %) und Kommune 8.889 € (10 %)	88.889 €
• Ausstattung: Bund 25.000 € (90 %) und Kommune 2.778 € (10 %)	27.778 €
• <u>Außenanlagen: Bund 10.000 € (90 %) und Kommune 1.111 € (10 %)</u>	<u>11.111 €</u>
für je 25 Kinder: Bund 115.000 € (90 %) und Kommune 12.778 € (10 %)	127.778 €

Bei ca. 4.500 Kindern im Grundschulalter (Stand 31.12.2002: 4.485 Kinder) sind bei einer angestrebten 40%igen Versorgung 1.800 Plätze einzurichten. Die 1.800 Plätze verteilt auf Gruppen für je 25 Kinder ergeben 72 Gruppen. Bei Investitionsmitteln von 127.778 € je Gruppe ergibt dies für die 72 Gruppen ein Investitionsbudget von 9.200.016 € (Bund 8.280.000 €, Bergisch Gladbach 920.016 €), mit dem die Bergisch Gladbacher Grundschulen ausgebaut werden können.

Dabei gibt es Grundschulen mit einem geringen Investitionsbedarf, die durch die bestehenden Schulkinderhäuser, Schülertreffs oder Kindertagesstätten über ein gutes Raumprogramm mit einem guten Standard verfügen, aber auch viele Schulen mit einem erheblichen Investitionsbedarf. Dem unterschiedlichen hohen Investitionsbedarf kann dadurch Rechnung getragen werden, dass die nicht in vollem Umfang für einzelne Grundschulen benötigten Festbeträge in anderen Grundschulen mit einem höheren Investitionsbedarf eingesetzt werden können.

Der städtische Anteil von 920.016 € kann verteilt auf die Jahre 2004 bis 2007 (bei Fortschreibung der bisherigen Ansätze in der mittelfristigen Investitionsplanung) aus den Investitionsmitteln Kindertagesstätten bestritten werden. Für das Haushaltsjahr 2003 sind ca. 80.880 € veranschlagt. Verteilt auf die Jahre bis 2007 wären in der Investitionsplanung unter der Haushaltsstelle 1.464.9880.9 – Investitionszuschüsse Kindertagesstätten – Mittel in folgender Höhe zu veranschlagen:

- 2003: 80.880 €
 - 2004: 210.000 €
 - 2005: 210.000 €
 - 2006: 210.000 €
 - 2007: 209.136 €
- insgesamt 920.016 €

Mit dem kommunalen Anteil aus Jugendhilfemitteln, wird auch deutlich gemacht, dass die Stadt Bergisch Gladbach mit der Förderung der Betreuungs- und Förderangeboten in Grundschulen ihrer rechtlichen Verpflichtung als öffentlicher Jugendhilfeträger nachkommt, für Kinder im schulpflichtigen Alter nach Bedarf Betreuungsplätze vorzuhalten.

Die kommunalen Mittel sind für den Haushalt 2004 angemeldet und müssen im Investitionsprogramm Kindertagesstätten in der mittelfristigen Finanzplanung veranschlagt werden.

5.3 Betriebskostenförderung

Unter den derzeit bekannten Voraussetzungen könnten die Betriebskosten für die angedachten Ganztagsangebote an den Grundschulen in folgender Weise ausgestaltet und aufgebracht werden:

Leistungen zur Betreuung und Förderung von Grundschulkindern

Grundidee ist es, die für Grundschul Kinder bisher getrennt erbrachten Leistungen

- Unterricht
- „Schule von acht bis eins“
- „Schule dreizehn plus“
- Schülertreff
- Hort / Schulkinderhaus
- Hausaufgabenhilfe
- Einzelförderung bei Legasthenie und Dyskalkulie
- Sonderförderung in Tagesgruppen

unter dem Dach der Grundschule zusammenzuführen und daraus schrittweise auf der Grundlage eines Gesamtkonzepts eine Einheit zu bilden.

Dabei geht es zum einen darum, durch eine gesicherte Betreuung der Kinder für die Eltern einen verlässlichen Beitrag zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu leisten. Zum anderen geht es vor dem Hintergrund der Ergebnisse der Pisa-Studien darum, in der Grundschule gute Voraussetzungen für eine bessere Erziehung und Bildung der Kinder zu schaffen.

Beides ist jedoch mit der seitens des Landes vorgesehenen Pro-Platz-Pauschale von 1.230 € nicht zu leisten. Nur durch eine spürbar bessere finanzielle Ausstattung der Grundschulen – d.h. durch eine ergänzende kommunale Förderung – werden sie dazu in der Lage sein (siehe unten).

Die ergänzende kommunale Förderung wird unter der Voraussetzung gewährt, dass in der Grundschule folgende Leistungen erbracht werden:

- Es werden entsprechend dem vor Ort bestehenden Bedarf ausreichend Plätze für die Grundschul Kinder bereitgestellt.
- Es werden tägliche Betreuungszeiten bis 13:30 Uhr, 15:00 Uhr und 16:30 Uhr angeboten.
- In der unterrichtsfreien Zeit wird für die Kinder ein Betreuungsangebot bereitgehalten (mit Ausnahme von drei Wochen in den Sommerferien sowie in den Weihnachtsferien).
- Die Kinder werden mit einem warmen Mittagessen versorgt.
- Die Kinder erhalten bei Bedarf Hausaufgabenhilfen.
- Die Kinder erhalten im Falle von Legasthenie und Dyskalkulie die erforderliche zusätzliche Förderung.
- Die Kinder können aus einem vielfältigen Freizeitangebot wählen; bei der Ausgestaltung des Freizeitangebots werden auch Angebote der verbandlichen und offenen Jugendarbeit, der Sport- und Musikvereine sowie der Musikschule einbezogen.
- Beratungsdienste werden frühzeitig einbezogen, um Einweisungen von Grundschulkindern in Tagesgruppen und Heime nicht erforderlich werden zu lassen.

Elternbeiträge

Die Elternbeiträge sollen in Anlehnung an das Kindertagesstättengesetz (GTK) gestaffelt nach dem Einkommen der Eltern sowie nach den drei möglichen Betreuungszeiten erhoben werden. Gemäß den Landesrichtlinien über Offene Ganztagschulen soll der höchste Elternbeitrag bei 100 € liegen.

Beitragstabelle für die Offene Ganztagsgrundschule
(Monatsbeitrag auf Jahressoll)

Jahreseinkommen	Betreuung bis 15:00 Uhr	Betreuung bis 16:30 Uhr
bis 12.271 €	0 €	0 €
bis 24.542 €	40 €	60 €
bis 36.813 €	50 €	70 €
bis 49.084 €	60 €	80 €
bis 61.355 €	70 €	90 €
über 61.355 €	80 €	100 €

Besuchen Geschwisterkinder gleichzeitig eine Grundschule-Ganztagsangebot, so ermäßigt sich für das ältere Geschwisterkind der Beitrag um die Hälfte.

Zusätzlich wird von der Schule ein Essensgeld erhoben.

Pro-Platz-Förderung

Die Grundschulen erhalten entsprechend der Nachfrage (in der Regel aber nur für maximal 40 % der Kinder) Pro-Platz-Pauschalen, die nach den zwei Betreuungszeiten gestaffelt sind.

- 7:30 – 15:00 Uhr jährlich 2.000 €
- 7:30 – 16:30 Uhr jährlich 2.500 €

Nimmt eine Schule die 0,1-Lehrerselle für je 25 Kinder in Anspruch, vermindert sich die Pro-Platz-Förderung um 205 €.

Die Pro-Platz-Förderung ist für Personalkosten (pädagogisch tätige Kräfte, Küchenkräfte und Verwaltungskraft) und Sachkosten (in Anlehnung an die Betriebskostenverordnung zum Kindertagesstättengesetz) zu verwenden:

Personalkosten

- Vergütung von fest angestellten Kräften (in Vollzeit und Teilzeit) nach BAT
- Vergütung von geringfügig Beschäftigten (400-Euro-Jobs)
- Honorar für Honorarkräfte
- Entgelt für Übungsleiter
- Vergütung von / Entgelt für Praktikanten
- Fortbildung (insb. Fachliteratur, Kursgebühren)
- Personalnebenkosten (insb. Berufsgenossenschaft, Stellenanzeigen, Gesundheitszeugnis)

Sachkosten

- Spiel-, Beschäftigungs- und Lernmaterialien
- ergänzende Beschaffung von Mobiliar, Ersatz und Reparaturen
- Ausgaben für Ausflüge (Fahrkosten und Eintrittsgelder)
- Getränke für Kinder
- Elternarbeit
- Bürobedarf
- Porto und Telefongebühren

Mittelbedarf

Es wird von 4.500 Kindern im Grundschulalter ausgegangen, für die zu 40 % eine Betreuung über die Unterrichtszeit hinaus nachgefragt wird (= 1.800 Plätze). Die Plätze dürften sich etwa zur Hälfte (= ca. 900 Plätze) auf die beiden Betreuungszeiten verteilen.

Hierfür ist mit folgendem jährlichen Mittelbedarf zu rechnen:

• 900 Kinder x 2.000 €	1.800.000 €
• 900 Kinder x 2.500 €	2.250.000 €
insgesamt	4.050.000 €

Finanzierung

Landesförderung	1.476.000 €
-----------------	-------------

40 % von 4.500 Kindern = 1.800 Kinder x 820 €

(Wird die 0,1 Lehrerstelle für je 25 Kinder in Anspruch genommen, so vermindert sich die Pro-Platz-Förderung des Landes auf 615 €)

Elternbeiträge für 1.800 Kinder	1.436.400 €
---------------------------------	-------------

900 x 60 € x 12 Monate = 648.000 €

900 x 80 € x 12 Monate = 864.000 €

Beitragsermäßigung für 10 % der Kinder

180 x 35 € x 12 Monate = 75.600 €

Netto-Zuschuss der Stadt

1.137.600 €

insgesamt	4.050.000 €
-----------	-------------

Bei der zusätzlichen städtischen Förderung handelt es sich also um Jugendhilfemittel. Dies ist wichtig, um auch dadurch deutlich zu machen, dass die Stadt Bergisch Gladbach mit der Förderung der Offenen Ganztagsgrundschulen ihrer rechtlichen Verpflichtung als öffentlicher Jugendhilfeträger nachkommt, für Kinder im schulpflichtigen Alter nach Bedarf Betreuungsplätze vorzuhalten.

Refinanzierung des städtischen Anteils

Ersparnis durch Schließung von 22 Hortgruppen	594.000 €
---	-----------

22 x ca. 90.000 € = 1.980.000 €;

davon städt. Anteil von 45 % = 891.000 €; davon zwei Drittel

Ersparnis bei Schließung der Hausaufgabenhilfen für Grundschul Kinder	115.000 €
---	-----------

Ersparnis bei Einstellung der Einzelförderung von Grundschulkindern mit Legasthenie und Dyskalkulie	129.440 €
---	-----------

Ersparnis bei Verzicht auf eine Tagesgruppe für Grundschul Kinder	300.000 €
---	-----------

insgesamt	1.138.440 €
-----------	-------------

5.4 Trägerschaft und weitere Kooperationspartner

Die Landesrichtlinien sehen vor, dass in der Regel der Schulträger Träger über die außerunterrichtlichen Angebote der Offenen Ganztagschule wird.

Dagegen strebt die Stadt Bergisch Gladbach in Fortführung der bewährten Kooperation mit den freien Trägern der Jugendhilfe an, dass freie Träger der Jugendhilfe auf der Grundlage einer Kooperationsvereinbarung die Trägerschaft über die außerunterrichtlichen Angebote in der Grundschule übernehmen. Dabei sollen zunächst die Träger angesprochen werden, die in den betreffenden Grundschulen bereits Betreuungs- und Förderangebote betreiben. Sind die betreffenden Träger zur Übernahme der Trägerschaft nicht bereit, sollen andere freie Träger angesprochen werden, die im Umfeld der betreffenden Grundschule im Bereich der Schulkinderbetreuung engagiert sind.

Inhalt der Kooperationsvereinbarung muss sein, dass die anderen im Umfeld der betreffenden Grundschulen bestehenden Einrichtungen und Maßnahmen – soweit sie es wünschen – bei der inhaltlichen Ausgestaltung der außerunterrichtlichen Angebote mit einbezogen werden.

5.5 Ausbau des Betreuungsangebots an weiterführenden Schulen

Der berechtigten Kritik, dass mit Verzicht auf die Horte und Schülertreffs bei Einrichtung Offener Ganztagsgrundschulen die Betreuung und Förderung für die Schüler/innen weiterführender Schulen entfällt, soll in der Weise begegnet werden, dass das Betreuungsangebot „Dreizehn plus“ an allen weiterführenden Schulen ausgebaut werden soll. An jeder Schule sollen in der Regel zwei Gruppen eingerichtet und gefördert werden.

Die vorgeschlagene zusätzliche städtische Förderung von jährlich 2.500 € ist abgeleitet aus den frei werdenden städtischen Mitteln bei Schließung der 15 Schülertreffs. Die kommunale Förderung soll die Träger der Betreuungsmaßnahmen in die Lage versetzen, zusätzliche Honorarkräfte anzustellen und die anfallenden Sachkosten zu decken. Mit der städtischen Förderung aus Jugendhilfemitteln kommt die Stadt der Verpflichtung gemäß § 24 KJHG nach, für die Altersgruppe Betreuungsplätze vorzuhalten.

6. Konkrete Planungen für sieben Grundschulen

In einer Reihe von Bergisch Gladbacher Grundschulen sind die – teilweise mehrjährigen – Beratungen über den Ausbau ihres Ganztagsangebots weit gediehen. Es wird deshalb vorgeschlagen, die Grundschulen Katterbach, An der Strunde, Hebborn, Gronau, Frankenforst, Kippekausen, Frankenforst, Gronau sowie der Wilhelm-Wagner-Schule bei der Entwicklung von Konzepten für Ganztagsangebote zu unterstützen und entsprechende Anträge an das Land zur Einrichtung Offener Ganztagsgrundschulen vorzubereiten.

6.1 Gemeinschaftsgrundschule Katterbach, Kempener Straße 187

Schulstruktur und geplantes Platzangebot

zweizügige Grundschule

Zahl der Schüler am 15.10.2002:

165 Kinder

Zahl der Kinder im Grundschulalter in den Wohnplätzen Schildgen und

Katterbach am 30.06.2003: 444,

abzgl. 14 Kinder, die Sonderschulen oder die Waldorfschule besuchen: 430,

verteilt auf die Grundschulen in Schildgen und Katterbach:

215 Kinder

angestrebte Schülerzahl: ca.

215 Kinder

geplantes Platzangebot für 40 % von ca. 215 Schüler/innen: ca.

86 Plätze

Dringlichkeit und Planungsreife

Die Gemeinschaftsgrundschule Katterbach ist die Bergisch Gladbacher Grundschule, die zusammen mit dem Schülertreff als erste intensiv in Überlegungen zum Ausbau der Schule zu einer Ganztagschule eingestiegen ist. Die Überlegungen wurden genährt durch die vergleichsweise gute räumlichen Voraussetzungen und forciert durch die recht große Nachfrage nach Betreuungsplätzen, die durch das jetzige Angebot nicht gedeckt werden kann.

Die Schulkonferenz hat sich am ???.2003 für den Ausbau der Grundschule zu einer Offenen Ganztagschule ausgesprochen.

Investitionen

Baumaßnahmen

Bei zwei Zügen stehen ausreichend Räume für den Ausbau zur Offenen Ganztagschule zur Verfügung:

- 10 Klassenräume bei 8 Klassen
- 5 Gruppenräume
- 2 Mehrzweckräume
- 1 Turnhalle

Für erforderliche bauliche Veränderungen (möglichst ein Gruppenraum für je 25 Kinder, Küche für die Zubereitung und Austeilung des Essens, Kinderbistro, kindgemäße Sanitäranlagen, Büroraum für die Koordination der außerunterrichtlichen Angebote; evtl. Maßnahmen zum vorbeugenden Brandschutz) stehen vorbehaltlich der Bewilligung der Bundesmittel max. 266.670 € (= 3 x 88.890 €; je 25 Kinder 88.890 € = 80.000 € aus Bundesmitteln und 8.890 € aus kommunalen Mitteln) zur Verfügung. Die voraussichtlich nicht benötigten Mittel sollen der Gemeinschaftsgrundschule Gronau und der Kath. Grundschule Frankenforst zu Gute kommen.

Ausstattung

Für die Ersteinrichtung sowie die Ausstattung mit Lehr- und Lernmitteln stehen vorbehaltlich der Bewilligung der Bundesmittel 83.340 € (= 3 x 27.780 €; je 25 Kinder 27.780 € = 25.000 € aus Bundesmitteln und 2.780 € aus kommunalen Mitteln) zur Verfügung.

Außengelände

Für die Herrichtung und Ausstattung des Schulgrundstücks für Lern-, Spiel-, Sport- und Aufenthaltszwecke stehen vorbehaltlich der Bewilligung der Bundesmittel 33.360 € (= 3 x 11.120 €; je 25 Kinder 11.120 € = 10.000 € aus Bundesmitteln und 1.120 € aus kommunalen Mitteln) zur Verfügung.

Betriebskostenmittel

Zahl der Schüler/innen: 215 Kinder davon 40 % = 86 Kinder

• 43 Kinder x 2.000 € (bis 15:00 Uhr)	86.000 €
• 43 Kinder x 2.500 € (bis 16:30 Uhr)	107.500 €
insgesamt 86 Kinder	193.500 €

Maßnahmen, die in der Offenen Ganztagsgrundschule aufgehen

- Hortgruppe der Kindertagesstätte „Drecksatz“ (eine Gruppe mit 20 Plätzen)
- Schülertreff der Evgl. Kirchengemeinde (zwei Gruppen mit 40 Plätzen)
- Hausaufgabenhilfe des Caritasverbandes (Di, Mi und Do 14:30 – 16:30 Uhr, 10 Plätze)

- Sonderförderung für die Einzelförderung von Grundschulkindern mit Legasthenie und Dyskalkulie

Trägerschaft und weitere Kooperationspartner

Der Vorstand des Elternvereins „Drecksplatz“ hat seine grundsätzliche Bereitschaft erklärt, die Trägerschaft zu übernehmen. Wichtige Voraussetzungen sind, dass eine Konzeption entwickelt wird, die von beiden Seiten getragen wird, und dass für die außerunterrichtlichen Angebote eine erheblich bessere finanzielle Förderung erfolgt, als es die Landesrichtlinien vorsehen.

Als weitere Kooperationspartner sind denkbar:

- Evgl. Kirchengemeinde Schildgen / Altenberg (u.a. derzeit Träger des Schülertreffs in Katterbach und eines Jugendfreizeitheims in Schildgen)
- Caritasverband (derzeit Träger der Hausaufgabenhilfe)
- Elternverein Klutstein (Träger des Kindergartens „Klutstein“)
- Kath. Kirchengemeinde Herz Jesu (u.a. Träger der Kindertagesstätte Herz Jesu in Katterbach und eines Jugendfreizeitheims mit Schülertreff in Schildgen)
- Musikschule
- Stadtbücherei in Gladbach (mit ihrer Kinder- und Jugendbücherei und dem Spieleverleih)
- Volkshochschule und Familienbildungswerke
- Turn- und Sportverein Schildgen 1932
- Ländlicher Reit- und Fahrverein 1928
- Schwimmverein Bergisch Gladbach / Bensberg
- Rheinischer Turnerbund
- Schulmuseum Katterbach
- Männergesangverein "Concordia" Nittum 1878 e.V.
- Karnevalsgesellschaft „Blau Rot Schildgen“ (mit ihrem Sitz in Schildgen)
- Kreishandwerkerschaft (mit ihrem Sitz in Schildgen)

6.2 Gemeinschaftsgrundschule An der Strunde, Am Broich 8

Schulstruktur und geplantes Platzangebot

derzeit vierzügige Grundschule

Zahl der Schüler am 15.10.2002:

336 Kinder

Zahl der Kinder im Grundschulalter in den Wohnplätzen Gladbach, Hebborn,

Heidkamp, Gronau, Romaney und Herrenstrunden am 30.06.2003: 1.295,

abzgl. 35 Kinder, die Sonderschulen oder die Waldorfschule besuchen: 1.260,

verteilt auf die Grundschulen in Gladbach, Hebborn, Heidkamp und Gronau:

315 Kinder

angestrebte Schülerzahl: ca.

315 Kinder

geplantes Platzangebot für 40 % von ca. 315 Schüler/innen: ca.

126 Plätze

Dringlichkeit und Planungsreife

Die Gemeinschaftsgrundschule (GGS) An der Strunde hat noch vor der Zusammenlegung von Evgl. und Kath. Grundschule Überlegungen zur Einrichtung einer Ganztagschule angestellt. Aufgrund der Planung der Evgl. Kirchengemeinde Bergisch Gladbach, ihre Hortgruppe in der Kindertagesstätte „Quirl“ zum Sommer 2004 aufzugeben (genötigt durch erhebliche Sparzwänge auf Grund einer geänderten Verteilung der Kirchensteuermittel) besteht Handlungszwang, möglichst bald die GGS An der Strunde zu einer Offenen Ganztagschule auszubauen.

Die Schulkonferenz hat sich am ???.2003 für den Ausbau der Grundschule zu einer Offenen Ganztagschule ausgesprochen.

Investitionen

Baumaßnahmen

Bei drei Zügen stehen ausreichend Räume für den Ausbau zur Offenen Ganztagschule zur Verfügung:

- 14 Klassenräume bei 12 Klassen
- 3 Gruppenräume
- 4 Mehrzweckräume
- 1 Feierraum
- 1 Turnhalle
- 1 Gymnastikhalle

Für erforderliche bauliche Veränderungen (möglichst ein Gruppenraum für je 25 Kinder, Küche für die Zubereitung und Austeilung des Essens, Kinderbistro, kindgemäße Sanitäranlagen, Büroraum für die Koordination der außerunterrichtlichen Angebote; evtl. Maßnahmen zum vorbeugenden Brandschutz) stehen vorbehaltlich der Bewilligung der Bundesmittel max. 444.450 € (= 5 x 88.890 €; je 25 Kinder 88.890 € = 80.000 € aus Bundesmitteln und 8.890 € aus kommunalen Mitteln) zur Verfügung. Die evtl. nicht benötigten Mittel sollen der Gemeinschaftsgrundschule Gronau und der Kath. Grundschule Frankenforst zu Gute kommen.

Ausstattung

Für die Ersteinrichtung sowie die Ausstattung mit Lehr- und Lernmitteln stehen vorbehaltlich der Bewilligung der Bundesmittel 138.900 € (= 5 x 27.780 €; je 25 Kinder 27.780 € = 25.000 € aus Bundesmitteln und 2.780 € aus kommunalen Mitteln) zur Verfügung.

Außengelände

Für die Herrichtung und Ausstattung des Schulgrundstücks für Lern-, Spiel-, Sport- und Aufenthaltszwecke stehen vorbehaltlich der Bewilligung der Bundesmittel 55.600 € (= 5 x 11.120 €; je 25 Kinder 11.120 € = 10.000 € aus Bundesmitteln und 1.120 € aus kommunalen Mitteln) zur Verfügung.

Betriebskostenmittel

Zahl der Schüler/innen: 315 Kinder davon 40 % = 126 Kinder

• 63 Kinder x 2.000 € (bis 15:00 Uhr)	126.000 €
• 63 Kinder x 2.500 € (bis 16:30 Uhr)	157.500 €
insgesamt 126 Kinder	283.500 €

Maßnahmen, die in der Offenen Ganztagsgrundschule aufgehen

- Schulkinderhaus des Paritätischen Trägervereins (eine Hortgruppe mit 20 Plätzen)
- Schülertreff des Paritätischen Trägervereins (kombiniert mit „Schule von acht bis eins“, eine Gruppe mit 20 Plätzen)
- „Schule von acht bis eins“ des Paritätischen Trägervereins (25 Plätze)
- Sonderförderung für die Einzelförderung von Grundschulkindern mit Legasthenie und Dyskalkulie

Trägerschaft und weitere Kooperationspartner

Der Vereinsvorstand des Paritätischen Trägervereins prüft derzeit, ob er die Trägerschaft übernehmen möchte und macht seine Entscheidung insb. davon abhängig, dass eine Konzeption entwickelt wird, die von beiden Seiten getragen wird, und dass für die außerunterrichtlichen Angebote eine erheblich bessere finanzielle Förderung erfolgt, als es die Landesrichtlinien vorsehen.

Als weitere Kooperationspartner sind denkbar:

- Evgl. Kirchengemeinde Bergisch Gladbach (u.a. derzeit Träger einer Hortgruppe in Gladbach und des Jugend- und Kulturzentrums „Q 1“ in Gladbach)
- Kath. Kirchengemeinde St. Laurentius (u.a. Träger zweier Kindertagesstätten in Gladbach)
- Arbeiterwohlfahrt (u.a. Träger zweier Kindertagesstätten in Gladbach)
- Waldorf-Elternverein (mit seinem Kindergarten)
- Turnerschaft 1879 (mit seiner Kindertagesstätte und seinem Sportangebot)
- Schwimmverein Bergisch Gladbach / Bensberg
- Rheinischer Turnerbund
- Musikschule
- Stadtbücherei in Gladbach (mit ihrer Kinder- und Jugendbücherei und dem Spielverleih)
- Volkshochschule und Familienbildungswerke
- Galerie Villa Zanders (mit ihrem Kinderprogramm)
- Kath. Jugendamt (u.a. mit seiner Mobilen Offenen Jugendarbeit)
- Jugendfreizeitheim St. Laurentius
- Jugendfreizeitheim der Pfadfinder/innen (BdP)
- Bund für Umwelt und Naturschutz - BUND (mit seiner BUNDjugend)
- Deutsches Rotes Kreuz
- DLRG Bergisch Gladbach
- Evgl. Krankenhaus (mit seiner Wellness-Abteilung)
- Marienkrankenhaus (mit seiner Wellness-Abteilung)
- KA JU JA Bergisch Gladbach
- Große Gladbacher Karnevals-gesellschaft

6.3 Gemeinschaftsgrundschule Hebborn, Odenthaler Straße 197

Schulstruktur und geplantes Platzangebot

dreizügige Grundschule

Zahl der Schüler am 15.10.2002:	303 Kinder
Zahl der Kinder im Grundschulalter in den Wohnplätzen Gladbach, Hebborn, Heidkamp, Gronau, Romaney und Herrenstrunden am 30.06.2003: 1.295,	
abzgl. ca. 35 Kinder, die Sonderschulen oder die Waldorfschule besuchen: 1.260,	
verteilt auf die Grundschulen in Gladbach, Hebborn, Heidkamp und Gronau:	315 Kinder
angestrebte Schülerzahl: ca.	315 Kinder
geplantes Platzangebot für 40 % von ca. 315 Schüler/innen: ca.	126 Plätze

Dringlichkeit und Planungsreife

Der Gemeinschaftsgrundschule (GGS) Hebborn ist das Schulkinderhaus der Evgl. Kirchengemeinde Bergisch Gladbach mit zwei Hortgruppen und einer Schülertreff-Gruppe angegliedert. Aufgrund der Planung der Evgl. Kirchengemeinde Bergisch Gladbach, ihr dreigruppiges Schulkinderhaus zum Sommer 2004 aufzugeben (genötigt durch erhebliche Sparzwänge auf Grund einer geänderten Verteilung der Kirchensteuer-mittel) besteht Handlungs-zwang, möglichst bald die GGS Hebborn zu einer Offenen Ganztags-schule auszubauen.

Die Schulkonferenz hat sich am ???.?.2003 für den Ausbau der Grundschule zu einer Offenen Ganztags-schule ausgesprochen.

Investitionen

Baumaßnahmen

Bei drei Zügen stehen ausreichend Räume für den Ausbau zur Offenen Ganztags-schule zur Verfügung:

- 14 Klassenräume bei 12 Klassen

- 5 Gruppenräume
- 2 Mehrzweckräume
- 1 Feierraum
- 1 Turnhalle

Hinzu kommen die Räume des Schulkinderhauses.

Für erforderliche bauliche Veränderungen (möglichst ein Gruppenraum für je 25 Kinder, Küche für die Zubereitung und Austeilung des Essens, Kinderbistro, kindgemäße Sanitäranlagen, Büroraum für die Koordination der außerunterrichtlichen Angebote; evtl. Maßnahmen zum vorbeugenden Brandschutz) stehen vorbehaltlich der Bewilligung der Bundesmittel max. 444.450 € (= 5 x 88.890 €; je 25 Kinder 88.890 € = 80.000 € aus Bundesmitteln und 8.890 € aus kommunalen Mitteln) zur Verfügung. Die voraussichtlich nicht benötigten Mittel sollen der Gemeinschaftsgrundschule Gronau und der Kath. Grundschule Frankenforst zu Gute kommen.

Ausstattung

Für die Ersteinrichtung sowie die Ausstattung mit Lehr- und Lernmitteln stehen vorbehaltlich der Bewilligung der Bundesmittel 138.900 € (= 5 x 27.780 €; je 25 Kinder 27.780 € = 25.000 € aus Bundesmitteln und 2.780 € aus kommunalen Mitteln) zur Verfügung.

Außengelände

Für die Herrichtung und Ausstattung des Schulgrundstücks für Lern-, Spiel-, Sport- und Aufenthaltszwecke stehen vorbehaltlich der Bewilligung der Bundesmittel 55.600 € (= 5 x 11.120 €; je 25 Kinder 11.120 € = 10.000 € aus Bundesmitteln und 1.120 € aus kommunalen Mitteln) zur Verfügung.

Betriebskostenmittel

Zahl der Schüler/innen: 315 Kinder davon 40 % = 126 Kinder

• 63 Kinder x 2.000 € (bis 15:00 Uhr)	126.000 €
• 63 Kinder x 2.500 € (bis 16:30 Uhr)	157.500 €
insgesamt 126 Kinder	283.500 €

Maßnahmen, die in der Offenen Ganztagsgrundschule aufgehen

- Schulkinderhaus der Evgl. Kirchengemeinde Bergisch Gladbach (eine Hortgruppe mit 20 Plätzen)
- Schülertreff der Evgl. Kirchengemeinde Bergisch Gladbach (eine Gruppe mit 20 Plätzen)
- „Schule von acht bis eins“ der Arbeiterwohlfahrt (30 Plätze ?)
- Hausaufgabenhilfe des Deutschen Kinderschutzbundes (15 – 20 Plätze)
- Sonderförderung für die Einzelförderung von Grundschulkindern mit Legasthenie und Dyskalkulie

Trägerschaft und weitere Kooperationspartner

Der Vereinsvorstand des Elternvereins „Heilsbrunner Hosenmätze“, der das Schulkinderhaus gegründet und bis zum Wechsel zur Evgl. Kirchengemeinde betrieben hat, prüft derzeit, ob er die Trägerschaft über die außerunterrichtlichen Angebote übernehmen möchte. Er macht seine Entscheidung u.a. davon abhängig, dass eine Konzeption entwickelt wird, die von beiden Seiten getragen wird, und dass für die außerunterrichtlichen Angebote eine erheblich bessere finanzielle Förderung erfolgt, als es die Landesrichtlinien vorsehen. Alternativ hat unter gleichen Voraussetzungen Herr Pfr. Dehmel für die Evangelische Kirchengemeinde das Interesse an einer Trägerschaft angemeldet.

Als weitere Kooperationspartner sind denkbar:

- Arbeiterwohlfahrt (derzeit Träger der „Schule von acht bis eins“)
- Deutscher Kinderschutzbund (derzeit Träger der Hausaufgabenhilfe)
- Elternverein Hebborn – Rommerscheid (Träger der Kindertagesstätte „Wilde Wiese“)
- Evgl. Kirchengemeinde Bergisch Gladbach (u.a. Träger der Hebborner Kindertagesstätte „Heilsbrunner Hosenmätze“ und eines Jugendfreizeitheims)
- Kath. Kirchengemeinde Hl. Drei Könige (u.a. Träger der Kindertagesstätte Hl. Drei Könige und eines Jugendfreizeitheims)
- Johanniter Unfall-Hilfe und Technisches Hilfswerk (mit ihrem Sitz in Hebborn)
- Musikschule
- Stadtbücherei in Gladbach (mit ihrer Kinder- und Jugendbücherei und dem Spielverleih)
- Volkshochschule und Familienbildungswerke
- Galerie Villa Zanders (mit ihrem Kinderprogramm)
- Turnerschaft von 1879
- Schwimmverein Bergisch Gladbach / Bensberg
- Reitverein Hebborner Hof
- Rheinischer Turnerbund
- Evgl. Krankenhaus (mit seiner Wellness-Abteilung)
- Marienkrankenhaus (mit seiner Wellness-Abteilung)
- Karnevalsgesellschaft „Narrenzunft“ (mit ihrem Sitz in Hebborn)

6.4 Gemeinschaftsgrundschule Gronau, Mülheimer Straße 254

Schulstruktur und geplantes Platzangebot

derzeit zweizügige Grundschule

Zahl der Schüler am 15.10.2002:

164 Kinder

Zahl der Kinder im Grundschulalter in den Wohnplätzen Gladbach, Hebborn,

Heidkamp, Gronau, Romaney und Herrenstrunden am 30.06.2003: 1.295,

abzgl. 35 Kinder, die Sonderschulen oder die Waldorfschule besuchen: 1.260,

verteilt auf die Grundschulen in Gladbach, Hebborn, Heidkamp und Gronau:

315 Kinder

angestrebte Schülerzahl: ca.

315 Kinder

geplantes Platzangebot für 40 % von ca. 315 Schüler/innen: ca.

126 Plätze

Dringlichkeit und Planungsreife

Der Gemeinschaftsgrundschule (GGS) Gronau ist das Schulkinderhaus der Arbeiterwohlfahrt mit zwei Hortgruppen und einer Schülertreff-Gruppe angegliedert. Die Einrichtung des Schulkinderhauses erfolgte als Zwischenschritt auf dem Weg der Gronauer Grundschule zur Offenen Ganztagschule.

Die Schulkonferenz hat sich am ???.2003 für den Ausbau der Grundschule zu einer Offenen Ganztagschule ausgesprochen.

Investitionen

Baumaßnahmen

Bei drei Zügen stehen ausreichend Räume für den Ausbau zur Offenen Ganztagschule zur Verfügung:

- 16 Klassenräume bei 12 Klassen
- 1 Gruppenraum
- 1 Lehrküche
- 1 Turnhalle

Für erforderliche bauliche Veränderungen (möglichst ein Gruppenraum für je 25 Kinder, Küche für die Zubereitung und Austeilung des Essens, Kinderbistro, kindgemäße Sanitäranlagen, Büroraum für die Koordination der außerunterrichtlichen Angebote; evtl. Maßnahmen zum vorbeugenden Brandschutz) stehen vorbehaltlich der Bewilligung der Bundesmittel max. 444.450 € (= 5 x 88.890 €; je 25 Kinder 88.890 € = 80.000 € aus Bundesmitteln und 8.890 € aus kommunalen Mitteln) zur Verfügung. Evtl. stehen der Gronauer Grundschule weitere Mittel zur Verfügung, da für andere Grundschulen beantragte Mittel voraussichtlich nicht in vollem Umfang benötigt werden.

Ausstattung

Für die Ersteinrichtung sowie die Ausstattung mit Lehr- und Lernmitteln stehen vorbehaltlich der Bewilligung der Bundesmittel 138.900 € (= 5 x 27.780 €; je 25 Kinder 27.780 € = 25.000 € aus Bundesmitteln und 2.780 € aus kommunalen Mitteln) zur Verfügung.

Außengelände

Für die Herrichtung und Ausstattung des Schulgrundstücks für Lern-, Spiel-, Sport- und Aufenthaltszwecke stehen vorbehaltlich der Bewilligung der Bundesmittel 55.600 € (= 5 x 11.120 €; je 25 Kinder 11.120 € = 10.000 € aus Bundesmitteln und 1.120 € aus kommunalen Mitteln) zur Verfügung.

Betriebskostenmittel

Zahl der Schüler/innen: 315 Kinder davon 40 % = 126 Kinder

• 63 Kinder x 2.000 € (bis 15:00 Uhr)	126.000 €
• 63 Kinder x 2.500 € (bis 16:30 Uhr)	157.500 €
insgesamt 126 Kinder	283.500 €

Maßnahmen, die in der Offenen Ganztagsgrundschule aufgehen

- Schulkinderhaus der Arbeiterwohlfahrt (eine Hortgruppe mit 20 Plätzen)
- Schülertreff der Arbeiterwohlfahrt (eine Gruppe mit 20 Plätzen)
- Hausaufgabenhilfe der Arbeiterwohlfahrt (ca. 40 Plätze)
- Sonderförderung für die Einzelförderung von Grundschulkindern mit Legasthenie und Dyskalkulie

Trägerschaft und weitere Kooperationspartner

Die Arbeiterwohlfahrt hat ihre grundsätzliche Bereitschaft erklärt, die Trägerschaft für die außerunterrichtlichen Angebote zu übernehmen, und mit der Grundschule erste konzeptionelle Überlegungen zur Ausgestaltung der Offenen Ganztagschule angestellt. Wichtige Voraussetzung ist, dass für die außerunterrichtlichen Angebote eine erheblich bessere finanzielle Förderung erfolgt, als es die Landesrichtlinien vorsehen.

Als weitere Kooperationspartner sind denkbar:

- Evg. Kirchengemeinde Bergisch Gladbach (u.a. Träger einer Kindertagesstätte in Gronau)
- Kath. Kirchengemeinde St. Laurentius (u.a. Träger einer Kindertagesstätte in Gronau)
- Caritasverband (u.a. Träger einer integrativen Kindertagesstätte)
- Elternverein „Knubbelsberge“ (Träger einer Kindertagesstätte)
- Elternverein Am Golfplatz (Träger eines Kindergartens)
- Kath. Jugendwerk Rhein-Berg (Träger des Abenteuerspielplatzes und eines Jugendfreizeithaus)

- Turnerschaft 1879
- Schwimmverein Bergisch Gladbach / Bensberg
- Rheinischer Turnerbund
- Musikschule
- Stadtbücherei in Gladbach (mit ihrer Kinder- und Jugendbücherei und dem Spielverleih)
- Volkshochschule und Familienbildungswerke
- Galerie Villa Zanders (mit ihrem Kinderprogramm)
- b.i.b. e.V. (Bildungszentrum für informationsverarbeitende Berufe (b.i.b.))
- Männergesangsverein „Eintracht“ Gronau
- Runder Tisch Gronau

6.5 Gemeinschaftsgrundschule Kippekausen, Burgstraße 2

Schulstruktur und geplantes Platzangebot

ein- bis zweizügige Grundschule

Zahl der Schüler am 15.10.2002: 120 Kinder

Zahl der Kinder im Grundschulalter im Wohnplatz Kippekausen am 30.06.2003 106 Kinder

angestrebte Schülerzahl: ca. 145 Kinder

geplantes Platzangebot für 40 % von ca. 145 Schüler/innen: ca. 58 Plätze

Dringlichkeit und Planungsreife

Die Gemeinschaftsgrundschule Kippekausen leidet auf Grund wachsender Schülerzahlen unter Raummangel. Zugleich fehlt es an Betreuungsplätzen, weshalb Kinder aus Kippekausen in andere Stadtteile ausweichen. Mit den möglichen Maßnahmen soll der Raummangel behoben und der Mangel an Betreuungsplätzen beseitigt werden.

Die Schulkonferenz hat sich am ???.2003 für den Ausbau der Grundschule zu einer Offenen Ganztagschule ausgesprochen.

Investitionen

Baumaßnahmen

Mit Auslagerung der beiden Kindergartengruppen des Elternvereins „Lauter Pänz“ und Integration der Hortgruppe in die Schule stehen ausreichend Räume für den Ausbau zur Offenen Ganztagsgrundschule zur Verfügung:

- 8 Klassenräume bei ca. 6 Klassen
- 1 Gruppenraum
- 2 Mehrzweckräume
- 1 Turnhalle

Für erforderliche bauliche Veränderungen (möglichst ein Gruppenraum für je 25 Kinder, Küche für die Zubereitung und Austeilung des Essens, Kinderbistro, kindgemäße Sanitäranlagen, Büroraum für die Koordination der außerunterrichtlichen Angebote; evtl. Maßnahmen zum vorbeugenden Brandschutz) stehen vorbehaltlich der Bewilligung der Bundesmittel max. 177.780 € (= 2 x 88.890 €; je 25 Kinder 88.890 € = 80.000 € aus Bundesmitteln und 8.890 € aus kommunalen Mitteln) zur Verfügung. Die voraussichtlich nicht benötigten Mittel sollen der Gemeinschaftsgrundschule Gronau und der Kath. Grundschule Frankenforst zu Gute kommen.

Ausstattung

Für die Ersteinrichtung sowie die Ausstattung mit Lehr- und Lernmitteln stehen vorbehaltlich der Bewilligung der Bundesmittel 55.560 € (= 2 x 27.780 €; je 25 Kinder 27.780 € = 25.000 € aus Bundesmitteln und 2.780 € aus kommunalen Mitteln) zur Verfügung.

Außengelände

Für die Herrichtung und Ausstattung des Schulgrundstücks für Lern-, Spiel-, Sport- und Aufenthaltszwecke stehen vorbehaltlich der Bewilligung der Bundesmittel 22.240 € (= 2 x 11.120 €; je 25 Kinder 11.120 € = 10.000 € aus Bundesmitteln und 1.120 € aus kommunalen Mitteln) zur Verfügung.

Betriebskostenmittel

Zahl der Schüler/innen: 145 Kinder davon 40 % = 58 Kinder

• 29 Kinder x 2.000 € (bis 15:00 Uhr)	58.000 €
• 29 Kinder x 2.500 € (bis 16:30 Uhr)	72.500 €
insgesamt 58 Kinder	130.500 €

Maßnahmen, die in der Offenen Ganztagsgrundschule aufgehen

- Hortgruppe der Kindertagesstätte „Lauter Pänz“ (eine Gruppe mit 20 Plätzen)
- Sonderförderung für die Einzelförderung von Grundschulkindern mit Legasthenie und Dyskalkulie

Trägerschaft und weitere Kooperationspartner

Der Vorstand des Elternvereins „Lauter Pänz“ hat seine grundsätzliche Bereitschaft erklärt, die Trägerschaft über die außerunterrichtlichen Angebote zu übernehmen. Wichtige Voraussetzungen sind, dass eine Konzeption entwickelt wird, die von beiden Seiten getragen wird, und dass für die außerunterrichtlichen Angebote eine erheblich bessere finanzielle Förderung erfolgt, als es die Landesrichtlinien vorsehen.

Als weitere Kooperationspartner sind denkbar:

- Evg. Kirchengemeinde Bensberg (u.a. Träger einer Kindertagesstätte und eines Jugendfreizeitheims)
- Kath. Kirchengemeinde St. Johann Baptist (u.a. Träger einer Kindertagesstätte und eines Jugendfreizeitheims)
- Arbeiterwohlfahrt (Träger drei Kindertagesstätten in Refrath und der Refrather Offenen Tür)
- Elternverein Kippekausen (Träger des Kindergartens „Maulwürfe“)
- Elternverein „Pustelblume“ (Träger der gleichnamigen Kindertagesstätte)
- Kreativitätsschule
- Musikschule
- Stadtbücherei in Bensberg (mit ihrer Kinder- und Jugendbücherei)
- Volkshochschule und Familienbildungswerke
- Turnverein Refrath 1893
- Sportverein Refrath / Frankenforst 1926
- Radsportverein Staubwolke (mit Sitz in Refrath)
- Schwimmverein Bergisch Gladbach / Bensberg
- Rheinischer Turnerbund
- Mediterana (mit Kombi-Bad)
- Eissporthalle
- Männerchor „Fidelio“ 1954 (mit Sitz in Refrath)
- Karnevalsgesellschaft Refrather Negerköpp

6.6 Kath. Grundschule Frankenforst, Fasanenstraße 11 / Taubenstraße 11-13

Schulstruktur und geplantes Platzangebot

zweizügige Grundschule

Zahl der Schüler am 15.10.2002: 194 Kinder

Zahl der Kinder im Grundschulalter im Wohnplatz Frankenforst am 30.06.2003: 210 Kinder

abzgl. ca. 10 Kinder, die Sonderschulen oder die Waldorfschule besuchen: 200

angestrebte Schülerzahl: ca. 200 Kinder

geplantes Platzangebot für 40 % von ca. 200 Schüler/innen: ca. 80 Plätze

Dringlichkeit und Planungsreife

Die Kath. Grundschule Frankenforst würde mit dem Umzug in das benachbarte Belgische Schulgebäude gute Voraussetzungen für den Ausbau zu einer Offenen Ganztagschule haben. Durch die recht große Nachfrage nach Betreuungsplätzen, die durch das jetzige Angebot nicht gedeckt werden kann, besteht großer Handlungsbedarf für die Einrichtung des Ganztagsbetriebs.

Die Schulkonferenz hat sich am ???.2003 für den Ausbau der Grundschule zu einer Offenen Ganztagschule ausgesprochen.

Investitionen

Baumaßnahmen

Bei zwei Zügen und Umzug in das Belgische Schulgebäude stehen ausreichend Räume für den Ausbau zur Offenen Ganztagsgrundschule zur Verfügung:

- 8 Klassenräume bei 8 Klassen
- 3 Gruppenräume
- 1 Turnhalle
- 1 Gymnastikraum
- 1 Essraum
- 1 Küche

Für den Erwerb des Schulgebäudes sowie für erforderliche bauliche Veränderungen (u.a. Maßnahmen zum vorbeugenden Brandschutz) stehen vorbehaltlich der Bewilligung der Bundesmittel max. 266.670 € (= 3 x 88.890 €; je 25 Kinder 88.890 € = 80.000 € aus Bundesmitteln und 8.890 € aus kommunalen Mitteln) zur Verfügung. Evtl. stehen der Frankenforster Grundschule weitere Mittel zur Verfügung, da für andere Grundschule beantragte Mittel voraussichtlich nicht in vollem Umfang benötigt werden.

Ausstattung

Für die Ersteinrichtung sowie die Ausstattung mit Lehr- und Lernmitteln stehen vorbehaltlich der Bewilligung der Bundesmittel 83.340 € (= 3 x 27.780 €; je 25 Kinder 27.780 € = 25.000 € aus Bundesmitteln und 2.780 € aus kommunalen Mitteln) zur Verfügung.

Außengelände

Für die Herrichtung und Ausstattung des Schulgrundstücks für Lern-, Spiel-, Sport- und Aufenthaltszwecke stehen vorbehaltlich der Bewilligung der Bundesmittel 33.360 € (= 3 x 11.120 €; je 25 Kinder 11.120 € = 10.000 € aus Bundesmitteln und 1.120 € aus kommunalen Mitteln) zur Verfügung.

Betriebskostenmittel

Zahl der Schüler/innen: 200 Kinder davon 40 % = 80 Kinder

• 40 Kinder x 2.000 € (bis 15:00 Uhr)	80.000 €
• 40 Kinder x 2.500 € (bis 16:30 Uhr)	100.000 €
insgesamt 80 Kinder	180.000 €

Maßnahmen, die in der Offenen Ganztagsgrundschule aufgehen

- Schülertreff der Kreativitätsschule (eine Gruppe mit 20 Plätzen)
- Sonderförderung für die Einzelförderung von Grundschulkindern mit Legasthenie und Dyskalkulie

Trägerschaft und weitere Kooperationspartner

Der Vorstand der Kreativitätsschule hat seine grundsätzliche Bereitschaft erklärt, die Trägerschaft über die außerunterrichtlichen Angebote zu übernehmen, und mit der Grundschule erste konzeptionelle Überlegungen zur Ausgestaltung angestellt. Wichtige Voraussetzung ist, dass für die außerunterrichtlichen Angebote eine erheblich bessere finanzielle Förderung erfolgt, als es die Landesrichtlinien vorsehen.

Als weitere Kooperationspartner sind denkbar:

- EvgI. Kirchengemeinde Bensberg (u.a. Träger einer Kindertagesstätte und eines Jugendfreizeitheims)
- Kath. Kirchengemeinde St. Maria Königin (u.a. Träger einer Kindertagesstätte und eines Jugendfreizeitheims)
- Arbeiterwohlfahrt (Träger dreier Kindertagesstätten in Refrath und der Refrather Offene Tür - ROT)
- Elternverein „Pusteblyume“ (Träger der gleichnamigen Kindertagesstätte)
- Musikschule
- Stadtbücherei in Bensberg (mit ihrer Kinder- und Jugendbücherei)
- Volkshochschule und Familienbildungswerke
- Turnverein Refrath 1893
- Sportverein Refrath / Frankenforst 1926
- Radsportverein Staubwolke (mit Sitz in Refrath)
- Schwimmverein Bergisch Gladbach / Bensberg
- Mediterana (mit Kombi-Bad)
- Eissporthalle
- Rheinischer Turnerbund
- Männerchor "Fidelio" 1954 (mit Sitz in Refrath)
- Karnevalsgesellschaft Refrather Negerköpp

6.7 Wilhelm-Wagener-Schule, Ginsterweg 14

Schulstruktur und geplantes Platzangebot

Sonderschule für Lernbehinderte (1. bis 10. Schuljahr)

Zahl der Schüler insgesamt am 15.10.2002:	231 Kinder
Zahl der Schüler im Grundschulalter am 15.10.2002:	74 Kinder
angestrebte Schülerzahl: ca.	75 Kinder
geplantes Platzangebot für zwei Drittel von ca. 75 Schüler/innen: ca.	50 Plätze

Dringlichkeit und Planungsreife

Um sowohl die lernbehinderten Kinder besser fördern zu können als auch den Betreuungsbedarf zu decken, ist ein Ausbau der Sonderschule zu einer Offenen Ganztagschule geboten.

Die Schulkonferenz hat sich am ???.2003 für den Ausbau des Primarbereichs ihrer Schule zu einer Offenen Ganztagschule ausgesprochen.

Investitionen

Baumaßnahmen

In der Schule stehen ausreichend Räume für den Ausbau zur Offenen Ganztagschule zur Verfügung:

- 18 Klassenräume bei 17 Klassen
- 8 Fachräume
- 1 Feierraum
- 1 Küche
- 1 Turnhalle
- 1 Schwimmhalle

Für erforderliche bauliche Veränderungen (möglichst ein Gruppenraum für je 25 Kinder, Küche für die Zubereitung und Austeilung des Essens, Kinderbistro, kindgemäße Sanitäranlagen, Büroraum für die Koordination der außerunterrichtlichen Angebote; evtl. Maßnahmen zum vorbeugenden Brandschutz) stehen vorbehaltlich der Bewilligung der Bundesmittel max. 177.780 € (= 2 x 88.890 €; je 25 Kinder 88.890 € = 80.000 € aus Bundesmitteln und 8.890 € aus kommunalen Mitteln) zur Verfügung. Die voraussichtlich nicht benötigten Mittel sollen der Gemeinschaftsgrundschule Gronau und der Kath. Grundschule Frankenforst zu Gute kommen.

Ausstattung

Für die Ersteinrichtung sowie die Ausstattung mit Lehr- und Lernmitteln stehen vorbehaltlich der Bewilligung der Bundesmittel 55.560 € (= 2 x 27.780 €; je 25 Kinder 27.780 € = 25.000 € aus Bundesmitteln und 2.780 € aus kommunalen Mitteln) zur Verfügung.

Außengelände

Für die Herrichtung und Ausstattung des Schulgrundstücks für Lern-, Spiel-, Sport- und Aufenthaltszwecke stehen vorbehaltlich der Bewilligung der Bundesmittel 22.240 € (= 2 x 11.120 €; je 25 Kinder 11.120 € = 10.000 € aus Bundesmitteln und 1.120 € aus kommunalen Mitteln) zur Verfügung.

Betriebskostenmittel

Zahl der Schüler/innen: 50 Kinder

• 25 Kinder x 2.000 € (bis 15:00 Uhr)	50.000 €
• 25 Kinder x 2.500 € (bis 16:30 Uhr)	62.500 €
insgesamt 50 Kinder	112.500 €

Maßnahmen, die in der Offenen Ganztagsgrundschule aufgehen

- Schulkinderhaus der Arbeiterwohlfahrt in Gronau (eine Hortgruppe mit 20 Plätzen)
- Schule von acht bis eins (ca. 15 Plätze)
- Schule dreizehn plus (ca. 15 Plätze)
- Sonderförderung für die Einzelförderung von Grundschulkindern mit Legasthenie und Dyskalkulie

Trägerschaft und weitere Kooperationspartner

Die Arbeiterwohlfahrt hat ihre grundsätzliche Bereitschaft erklärt, die Trägerschaft über die außerunterrichtlichen Angebote zu übernehmen. Wichtige Voraussetzungen sind, dass eine Konzeption entwickelt wird, die von beiden Seiten getragen wird, und dass für die außerunterrichtlichen Angebote eine erheblich bessere finanzielle Förderung erfolgt, als es die Landesrichtlinien vorsehen.

Als weitere Kooperationspartner sind denkbar:

- Evgl. Kirchengemeinde Bensberg (u.a. Träger eines Jugendfreizeitheims)
- Kath. Kirchengemeinde St. Elisabeth (u.a. Träger eines Jugendfreizeitheims)
- Kath. Kirchengemeinde St. Johann Baptist (u.a. Träger eines Jugendfreizeitheims)
- Refrather Offene Tür (ROT) der Arbeiterwohlfahrt
- Kreativitätsschule
- Musikschule
- Stadtbücherei in Gladbach (mit ihrer Kinder- und Jugendbücherei und dem Spielverleih)
- Volkshochschule und Familienbildungswerke
- Turnverein Refrath 1893
- Sportverein Refrath / Frankenforst 1926
- Radsportverein Staubwolke (mit Sitz in Refrath)
- Schwimmverein Bergisch Gladbach / Bensberg
- Rheinischer Turnerbund
- Männerchor „Fidelio“ 1954 (mit Sitz in Refrath)
- Karnevalsgesellschaft Refrather Negerköpp

7. Fazit: Kennzeichen und Argumente für das „Bergisch Gladbacher Modell“

Die oben beschriebenen Lösungsvorschläge – zusammengefasst unter der Überschrift „Bergisch Gladbacher Modell“ zeichnen sich durch folgende Kennzeichen aus:

- Entsprechend den unterschiedlichen Bedarfslagen und der Nachfrage der Eltern und ihrer Kinder soll zwischen zwei Angebotsformen gewählt werden können: einer Betreuung und Förderung bis 15:00 Uhr und bis mindestens 16:30 Uhr.
- Die unzureichende Förderung der Betriebskosten, wie sie die Landesrichtlinien vorsieht, soll durch eine freiwillige zusätzliche kommunale Förderung erheblich verbessert werden. Erst dadurch werden die Grundschulen in die Lage versetzt, ein auch in pädagogischer Hinsicht wertvolles Angebot zu entwickeln.
- In Fortsetzung der bewährten Zusammenarbeit mit den freien Trägern der Jugendhilfe und um die wertvollen Kenntnisse und Erfahrungen der freien Träger in die Grundschulen einzubringen, sollen die außerunterrichtlichen Angebote der Offenen Ganztagsgrundschulen von den freien Trägern wahrgenommen werden.
- Für 40 % der Kinder im Grundschulalter soll es ein Betreuungs- und Förderangebot geben. Die bisherige Versorgung von 27,7 % (Stand 31.12.2002), die bereits über dem Planungsziel des Landes von 25 % liegt, soll spürbar verbessert und die Wartelisten in den bestehenden Einrichtungen beseitigt werden.
- Die Versorgungslücke, die durch die Offene Ganztagsgrundschule bei den Kindern der weiterführenden Schulen (insb. den 5. und 6.Klässlern) gerissen wird, soll in der Weise geschlossen werden, dass das Betreuungsangebot „Schule dreizehn plus“ an allen weiterführenden Schulen ausgebaut wird.

Für das „Bergisch Gladbacher Modell“ sprechen folgende Argumente:

- Der Flickenteppich der Schulkinderbetreuung kann bereinigt werden.
- Dem Wunsch der großen Mehrzahl der Eltern, ihre Kinder in der Grundschule betreut zu wissen, kann entsprochen werden.
- Das bisher bestehende schul- und wohnbereichsnahe Betreuungsangebot für Grundschulkinder kann erhalten werden.
- Das Angebot an Betreuungsplätzen kann entsprechend der Nachfrage auf etwa 40 % angehoben werden.
- Die Grundschulen können eher in die Lage versetzt werden, die Kinder entsprechend ihren Entwicklungsständen und Entwicklungspotentialen zu fordern und zu fördern.
- Es ist möglich, kommunale Mittel freizusetzen, um die unzureichende finanzielle Ausstattung der Offenen Ganztagsgrundschulen, wie sie das Land vorsieht, durch freiwillige kommunale Leistungen so aufzubessern, so dass eine pädagogisch verantwortliche Arbeit an den Grundschulen geleistet werden kann.
- Durch die Bündelung von Landesmitteln und Mitteln aus dem GTK-Bereich könnte ein der Hortbetreuung adäquates Betreuungsangebot in Verantwortung vernetzter Partner geschaffen und gleichzeitig Kosten reduziert werden.
- Parallel dazu können erhebliche Bundesmittel abgerufen werden, aus denen die notwendigen Investitionen bezahlt werden können.

An Hand der dargelegten Fakten und Überlegungen zum „Bergisch Gladbacher Modell“ kann in der Stadt Bergisch Gladbach der Diskussions- und Entscheidungsprozess fortgesetzt werden, an dessen Ende die Beantwortung der Frage stehen muss, wie die Stadt künftig die Ganztagsangebote für Grundschüler/innen gestalten will.

Die Entscheidung sollte noch in 2003 gefällt werden, damit gegebenenfalls rechtzeitig für das Schuljahr 2004 / 2005 die notwendigen Anträge gestellt und vorbereitenden Maßnahmen ergriffen werden können. Sollte die Entscheidung für das „Bergisch Gladbacher Modell“ fallen, ist hierbei zu beachten, dass nach dem notwendigen Diskussions- und Entscheidungsprozess an den jeweiligen Schulen der Einstieg im Schuljahr 2004 / 2005 an einzelnen Standorten beginnt. Auf dem Hintergrund dieser Erfahrungen können dann weitere Handlungsschritte entwickelt werden.

Anlagen

Anlage 1	Offene Ganztagsgrundschule im Primarbereich. Runderlass des Ministeriums für Schule, Jugend und Kinder vom 12.02.2003
Anlage 2	Zuwendungen für die Durchführung außerunterrichtlicher Angebote offener Ganztagschulen im Primarbereich. Runderlass des Ministeriums für Schule, Jugend und Kinder vom 12.02.2003
Anlage 3	Förderrichtlinie für die Verteilung der Mittel aus dem Bundesprogramm ‚Zukunft Bildung und Betreuung‘ in Nordrhein-Westfalen. Runderlass des Ministeriums für Schule, Jugend und Kinder vom 12.05.2003

Anlage 1

Offene Ganztagsschule im Primarbereich

Runderlass des Ministeriums für Schule, Jugend und Kinder vom 12.02.2003

1. Ziele und Grundsätze der offenen Ganztagsschule

1.1

Die offene Ganztagsschule soll durch die Zusammenarbeit von Schule, Kinder- und Jugendhilfe und weiteren außerschulischen Trägern ein neues Verständnis von Schule entwickeln. Sie sorgt für eine neue Lernkultur zur besseren Förderung der Schülerinnen und Schüler. Sie fördert die Zusammenarbeit von Lehrkräften mit anderen Professionen. Sie ermöglicht mehr Zeit für Bildung und Erziehung, individuelle Förderung, Spiel- und Freizeitgestaltung sowie eine bessere Rhythmisierung des Schultages. Sie sorgt für ein umfassendes Bildungs- und Erziehungsangebot, das sich an dem jeweiligen Bedarf der Kinder und der Eltern orientiert. Sie umfasst insbesondere:

- Förder-, Betreuungs- und Freizeitangebote,
- besondere Förderangebote für Kinder aus bildungsbenachteiligten Familien und für Kinder mit besonderen Begabungen sowie
- Angebote zur Stärkung der Familienerziehung.

1.2

Die offene Ganztagsschule bietet zusätzlich zum planmäßigen Unterricht an Unterrichtstagen, an unterrichtsfreien Tagen und bei Bedarf in den Ferien Angebote außerhalb der Unterrichtszeit (außerunterrichtliche Angebote). In Kooperation mit vielfältigen Partnern, insbesondere aus der Kinder- und Jugendhilfe, des Sports und der Kultur soll sie zur Erfüllung des Bildungs-, Erziehungs- und Betreuungsauftrags eine bessere Förderung für alle Kinder ermöglichen. Die offene Ganztagsschule eröffnet Schülerinnen und Schülern Hilfen zur Selbstständigkeit und Eigenverantwortung und unterstützt Eltern in ihrer Erziehungsarbeit.

1.3

Städte, Kreise und Gemeinden können Horte und Schulkinderhäuser sowie andere Angebote der Ganztagsbetreuung für Schulkinder schrittweise in die offene Ganztagsschule überführen; eine Weiterförderung dieser Angebote nach den bisherigen Förderprogrammen und dem Gesetz über Tageseinrichtungen für Kinder (GTK) ist dann ausgeschlossen. Angebote der Ganztagsbetreuung für Schulkinder, die noch nicht in eine Ganztagsgrundschule eingebracht werden können, werden nach den jeweils geltenden rechtlichen Grundlagen weiter gefördert.

1.4

Die offene Ganztagsschule soll auf der Grundlage von Kooperationsvereinbarungen zwischen dem Schulträger, den Schulen und den beteiligten außerschulischen Partnern ausgestaltet werden. Auf der Landesebene ist beabsichtigt, diesen Prozess durch Rahmen-Kooperationsvereinbarungen zwischen dem Land, den Schulträgern und den Trägern der Kinder- und Jugendhilfe wirksam zu unterstützen.

2. Die Organisationsstruktur der offenen Ganztagschule

2.1

Bei der Umgestaltung einer Schule zu einer offenen Ganztagschule wirken Schule und Schulträger gemäß § 15 Nr. 8 Schulmitwirkungsgesetz (BASS 1 – 3) zusammen. Zur Konzeptplanung und Ausgestaltung der außerunterrichtlichen Angebote ist ein Beschluss der Schulkonferenz gemäß § 5 Abs. 2 Nr. 4 Schulmitwirkungsgesetz erforderlich. Das Ganztagskonzept der offenen Ganztagschule ist Teil des Schulprogramms, über das die Schulkonferenz gemäß § 5 Abs. 2 Nr. 21 Schulmitwirkungsgesetz entscheidet.

2.2

Die Lehrkräfte, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den außerunterrichtlichen Angeboten, die Eltern, der Schulträger und die Kooperationspartner der Schule arbeiten bei der Durchführung der außerunterrichtlichen Angebote zusammen. Von besonderer Bedeutung ist dabei die Zusammenarbeit mit den Trägern der Kinder- und Jugendhilfe und weiteren Trägern, Organisationen und Institutionen, z.B. Kirchen, Bibliotheken, Sportvereinen, Musikschulen, örtlichen Vereinen (§ 5 b Schulverwaltungsgesetz – BASS 1 – 2).

2.3

Der Schulträger hält die außerunterrichtlichen Angebote der offenen Ganztagschule für einen Teil der Schülerinnen und Schüler einer Schule bereit. Er kann eine Schule aber auch für alle Schülerinnen und Schüler dieser Schule zu einer offenen Ganztagschule umgestalten.

2.4

Die Teilnahme an außerunterrichtlichen Angeboten der offenen Ganztagschule ist freiwillig. Die Anmeldung eines Kindes zur Teilnahme an den außerunterrichtlichen Angeboten bindet aber für die Dauer eines Schuljahres. Unterjährige An- und Abmeldungen sind in begründeten Ausnahmefällen (z.B. Zu- und Wegzüge, unvorhersehbare Förder- und Betreuungsbedarfe) ohne Folgen für die gewährte Landesförderung möglich. In Sonderschulen können auch Schülerinnen und Schüler der Klassenstufen 5 und 6 an den Angeboten der Klassenstufen 1 bis 4 teilnehmen. Der Schulträger stellt sicher, dass jedes Kind im Grundschulalter, das vor einer Umgestaltung einen Ganztagsplatz in einem anderen Betreuungsangebot hatte, auch in der offenen Ganztagschule einen Platz in einem entsprechenden außerunterrichtlichen Angebot erhält.

2.5

Der Zeitrahmen der offenen Ganztagschule im Primarbereich richtet sich nach dem Bedarf der Erziehungsberechtigten, der Kinder und nach der Unterrichtsorganisation. Er erstreckt sich unter Einschluss der allgemeinen Unterrichtszeit in der Regel an allen Unterrichtstagen von spätestens 8 Uhr bis 16 Uhr, bei Bedarf auch länger, mindestens aber bis 15 Uhr. Angestrebt wird, dass die offene Ganztagschule auch an unterrichtsfreien Tagen (außer an Samstagen, Sonntagen und Feiertagen) außerunterrichtliche Angebote in der Regel von spätestens 8 Uhr bis 16 Uhr anbietet, bei Bedarf auch länger, mindestens aber bis 15 Uhr. In den Ferien soll der Schulträger in Abstimmung mit dem Jugendhilfeträger bei Bedarf ein ggf. auch schulübergreifendes Ferienprogramm organisieren.

2.6

Die außerunterrichtlichen Angebote der offenen Ganztagschule gelten als schulische Veranstaltungen. Eine Betriebserlaubnis nach § 45 SGB VIII ist nicht erforderlich.

2.7

Die außerunterrichtlichen Angebote der offenen Ganztagschule können je nach Bedarf insbesondere umfassen:

- über den in der Stundentafel verankerten Förderunterricht hinausgehende Förderangebote für Schülerinnen und Schüler mit besonderen Bedarfen und für besonders begabte Schülerinnen und Schüler (z.B. Hausaufgabenhilfen, Förderkurse, Sprachförderung),
- themenbezogene, klassen- und jahrgangsstufenübergreifende Aktivitäten, Arbeitsgemeinschaften und Projekte (z. B. Kunst, Theater, Musik, Werken, Geschichtswerkstätten, naturwissenschaftliche Experimente, Sport usw.) in unterschiedlich großen und heterogenen Gruppen,
- Angebote zur musisch-künstlerischen Bildung und Erziehung sowie Bewegung, Spiel und Sport einschließlich kompensatorischer Bewegungsförderung,
- Projekte der Kinder- und Jugendhilfe, vor allem der außerschulischen Jugendarbeit.

Die Bewegungs-, Spiel- und Sportangebote der offenen Ganztagschule gehören zu den außerunterrichtlichen Sportangeboten.

Für die teilnehmenden Kinder soll Gelegenheit für einen Imbiss oder eine Mahlzeit bestehen.

In Kooperation mit den öffentlichen und freien Trägern der Kinder- und Jugendhilfe sollen in den offenen Ganztagschulen auch Möglichkeiten der Elternberatung geschaffen werden.

2.8

Für die Durchführung eines außerunterrichtlichen Angebotes sollen Träger der Kinder- und Jugendhilfe oder andere Träger oder Organisationen einbezogen werden. Dabei soll die besondere Bedeutung der Verbände der freien Wohlfahrtspflege beachtet werden. Die jeweilige Ausgestaltung erfolgt auf der Grundlage einer zwischen den Beteiligten abzuschließenden Kooperationsvereinbarung. Sie regelt u. a. die gegenseitigen Leistungen der Kooperationspartner sowie die Erstellung und Umsetzung eines gemeinsam zu entwickelnden pädagogischen Konzepts.

Bei den Bewegungs-, Spiel- und Sportangeboten sind die gemeinnützigen Sportvereine und deren Vereinigungen als Kooperationspartner zu berücksichtigen.

2.9

Die Größe der Gruppen der außerunterrichtlichen Angebote richtet sich nach dem Inhalt des Angebots, soll jedoch die Zahl von 25 Kindern, in Sonderschulen die Zahl von zwölf Kindern, nicht überschreiten. Ausnahmen sind z. B. bei Sportangeboten oder bei Theatergruppen, Instrumentalensembles und Chören möglich.

3. Das Personal für die außerunterrichtlichen Angebote

3.1

Die Qualifikation des Personals sowie die Intensität des jeweiligen Personaleinsatzes in der offenen Ganztagschule richten sich nach den Förder- und Betreuungsbedarfen der Kinder.

Über Lehrerinnen und Lehrer hinaus kommen für die Mitarbeit in Betracht:

- Erzieherinnen und Erzieher,
- Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen,
- Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter,
- andere Professionen (z.B. Musikschullehrerinnen und -lehrer, Künstlerinnen und Künstler, Übungsleiterinnen und Übungsleiter im Sport, Handwerkerinnen und Handwerker usw.),
- therapeutisches Personal.

Bei pädagogischer Eignung können ergänzend insbesondere auch

- ehrenamtlich tätige Personen,

- Seniorinnen und Senioren,
 - Eltern,
 - ältere Schülerinnen und Schüler,
 - Praktikantinnen und Praktikanten,
 - Studierende
- tätig werden.

3.2

Der Schulträger entscheidet im Benehmen mit der Schulleiterin oder dem Schulleiter über die Einstellung und Beschäftigung des für die Mitarbeit in den außerunterrichtlichen Angeboten zuständigen Personals. Stellt ein außerschulischer Träger Personal zur Verfügung oder ist Personal ehrenamtlich tätig, sind die Rechte und Pflichten der Beteiligten in einer Kooperationsvereinbarung festzuhalten.

3.3

Der Schulträger unterstützt die Zusammenarbeit von Schulen mit Trägern der öffentlichen und freien Kinder- und Jugendhilfe und anderen Einrichtungen, die Bildung, Erziehung und Betreuung fördern. Aufgabe der Schulleiterin oder des Schulleiters ist die Sicherstellung eines regelmäßigen und fachgerechten Austauschs zwischen den Lehrkräften und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den außerunterrichtlichen Angeboten mit dem Ziel der Verknüpfung des Unterrichts mit den außerunterrichtlichen Angeboten in der offenen Ganztagschule.

3.4

Die Lehrerkonferenzen sollen das Personal der außerunterrichtlichen Angebote gemäß § 6 Abs. 2 SchMG zu Beratungen zum Ganztagskonzept einbeziehen. Allen Schulmitwirkungsorganen wird empfohlen, von dieser Möglichkeit Gebrauch zu machen und diese Personen als Gäste zu ihren Sitzungen einzuladen. Eltern von Schülerinnen und Schülern der Schule, die als Personal bei außerunterrichtlichen Angeboten mitwirken, können gleichwohl nach den Bestimmungen des Schulmitwirkungsgesetz wählen und gewählt werden.

3.5

Das Personal für die außerunterrichtlichen Angebote ist vor erstmaliger Aufnahme seiner Tätigkeit und anschließend mindestens im Abstand von zwei Jahren von der Schulleitung über die gesundheitlichen Anforderungen und Mitwirkungspflichten nach § 35 Infektionsschutzgesetz (IfSG – BASS 2 – 4) zu belehren. Über die Belehrung ist ein Protokoll zu erstellen, das beim Arbeitgeber (Schulträger) für die Dauer von drei Jahren aufzubewahren ist (§ 35 IfSG).

4. Versicherungsschutz

4.1

Schülerinnen und Schüler, die an den außerunterrichtlichen Angeboten der offenen Ganztagschule teilnehmen, sind gemäß § 2 Abs. 1 Nr. 8 Buchstabe b SGB VII unfallversichert. Der Versicherungsschutz besteht auch an unterrichtsfreien Tagen bzw. in den Ferien, wenn die Schülerinnen und Schüler an Angeboten der offenen Ganztagschule teilnehmen. Zuständig ist der jeweilige Träger der gesetzlichen Unfallversicherung.

4.2

Das Personal für die außerunterrichtlichen Angebote ist im Rahmen des Beschäftigungsverhältnisses mit dem Schulträger unfallversichert. Bei Personal eines Eltern- bzw. Fördervereins oder eines anderen Trägers hat der jeweilige Träger den Versicherungsschutz zu gewährleisten. Zuständig ist die Verwaltungsberufsgenossenschaft in Hamburg. Übernimmt der Schulträger dieses Personal, hat er für dessen Versicherung zu sorgen.

4.3

Eltern und andere Personen, die im Auftrag einer öffentlichen Schule – außerhalb eines Beschäftigungsverhältnisses – bei den außerunterrichtlichen Angeboten der offenen Ganztagschule mitwirken, sind über das Land gegen Arbeitsunfälle versichert. Zuständig ist die Landesunfallkasse des Landes Nordrhein-Westfalen, Ulenbergstraße 1, 40223 Düsseldorf. Bei einer Ersatzschule entscheidet der für diese Einrichtung zuständige Unfallversicherungsträger über den Versicherungsschutz.

4.4

Das Personal für die außerunterrichtlichen Angebote ist im Rahmen von Artikel 34 GG (BASS 0 – 1) i. V. m. § 839 BGB für Körper- oder Sachschäden der anvertrauten Schülerinnen und Schüler von der Haftung freigestellt

5. Finanzierung

Die Finanzierung regelt der Runderlass „Zuwendungen für die Durchführung außerunterrichtlicher Angebote offener Ganztagschulen im Primarbereich“ vom 12. 2. 2003 (BASS 11 – 02 Nr. 19).

6. Ersatzschulen

Für die Träger von Ersatzschulen gelten die vorstehenden Ausführungen entsprechend.

7. Schlussbestimmungen

Dieser Runderlass tritt mit sofortiger Wirkung in Kraft.

Anlage 2

Zuwendungen für die Durchführung außerunterrichtlicher Angebote offener Ganztagschulen im Primarbereich

Runderlass des Ministeriums für Schule, Jugend und Kinder vom 12.02.2003

1. Zuwendungszweck

Gefördert werden im Rahmen des Konzepts „Offene Ganztagschule im Primarbereich“ Maßnahmen zur Durchführung außerunterrichtlicher Angebote.

Ein Anspruch des Antragstellers auf Gewährung der Zuwendung besteht nicht; die Bewilligungsbehörde entscheidet aufgrund ihres pflichtgemäßen Ermessens im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel.

2. Gegenstand der Förderung

Gefördert werden außerunterrichtliche Angebote in offenen Ganztagschulen im Primarbereich im Sinne des Bezugserrlasses. Bestehende bisher aus den Landesprogrammen „Schule von acht bis eins“, „Dreizehn Plus“, „Schülertreff“ geförderte Ganztagsangebote sowie im Rahmen des Gesetzes über Tageseinrichtungen für Kinder (GTK) geförderte Horte und Schulkinderhäuser sollen in einer offenen Ganztagschule im Primarbereich zusammengeführt werden. Eine schrittweise Zusammenführung ist möglich. Eine Förderung ist auch in Gemeinden möglich, in denen bisher keine Angebote im Sinne von Satz 2 bestehen.

Gefördert werden auch bestehende Ganztagschulen im Primarbereich, die in offene Ganztagschulen im Primarbereich umgewandelt werden. Die Förderung tritt dann an die Stelle des bisherigen gemäß Runderlass des Kultusministeriums vom 26.3.1982 (BASS 12 – 63 Nr. 2) gewährten Zuschlags auf die Grundstellen. Eine Umwandlung bestehender Ganztagssonderschulen im Primarbereich für Geistigbehinderte, Körperbehinderte und Sinnesgeschädigte ist ausgeschlossen.

3. Zuwendungsempfänger

Zuwendungsempfänger sind Gemeinden und Gemeindeverbände als Träger öffentlicher Schulen sowie Träger genehmigter Ersatzschulen.

4. Zuwendungsvoraussetzungen

Die Förderung erfolgt unter folgenden Voraussetzungen:

- a) Vorlage einer Kurzfassung eines abgestimmten Konzeptes des Schulträgers und der örtlichen Kinder- und Jugendhilfeträger zur Umgestaltung von Schulen des Primarbereichs in offene Ganztagschulen.
- b) Vorlage einer Kurzfassung des Ganztagskonzepts einer offenen Ganztagschule.
- c) Vorlage von Kooperationsvereinbarungen zwischen dem Schulträger bzw. den offenen Ganztagschulen und anerkannten Trägern der freien Kinder- und Jugendhilfe und anderer Träger.

- d) Vorlage eines Kostenplans
- e) Durchführung der außerunterrichtlichen Angebote der offenen Ganztagschulen in der Regel an allen Unterrichtstagen in einem festen zeitlichen Rahmen von spätestens 8 Uhr bis 16 Uhr, bei Bedarf auch länger, mindestens aber bis 15 Uhr. Für das Angebot an unterrichtsfreien Tagen gilt Nr. 2.5 des Bezugserrlasses.
- f) Durchführung der außerunterrichtlichen Angebote der offenen Ganztagschulen in geeigneten Räumen in oder im Umfeld der Schule(n).
- g) Erklärung, dass es sich bei der Umgestaltung der bestehenden Ganztagsangebote in eine offene Ganztagschule im Primarbereich um eine auf Dauer angelegte Maßnahme handelt.

5. Art, Umfang und Höhe der Zuwendung

5.1 Zuwendungsart Projektförderung

5.2 Finanzierungsart Festbetragsfinanzierung

5.3 Form der Zuwendung Zuweisung/Zuwendung

5.4 Bemessungsgrundlage Der Festbetrag wird in Höhe von 615 € pro Schuljahr für jedes an den außerunterrichtlichen Angeboten der offenen Ganztagschule teilnehmende Kind gewährt. Zusätzlich werden Lehrerstellen nach einem Stellenschlüssel von 0,1 Lehrerstellen pro 25 Schülerinnen und Schüler zugewiesen. An Stelle der Lehrerstellenanteile kann ein Festbetrag in Höhe von 205 € pro Schülerin oder Schüler gewährt werden. Der Festbetrag kann flexibel je nach den unterschiedlichen Bedürfnissen und differenzierten Förderbedarfen der Kinder für entstehende Personal- und Sachkosten verwendet werden.

5.5 Eigenanteile Der Schulträger erbringt für die Durchführung der außerunterrichtlichen Angebote der offenen Ganztagschule im Primarbereich Eigenanteile in Höhe von 410 € pro Schülerin oder Schüler. Auf diese können die bisherigen Trägeranteile für die in die offene Ganztagschule einbezogenen Ganztagsangebote und Elternbeiträge angerechnet werden. Elternbeiträge können bis zur Höhe von 100 € pro Monat pro Kind einbezogen werden. Der Schulträger soll eine soziale Staffelung der Beiträge und ermäßigte Beiträge für Geschwisterkinder vorsehen. Für die Mittagsverpflegung kann ein zusätzlicher Beitrag erhoben werden.

6. Verfahren

6.1 Antragsverfahren Die Anträge sind nach dem Muster der Anlage 1 bis zum 31. Mai 2003, ab 2004 bis zum 30. April eines jeden Jahres einzureichen. Anträge in den Folgejahren können bei unverändertem Fortbestehen der Zuwendungsvoraussetzungen ohne Anlagen übersandt werden. Dies ist im jeweiligen Antrag darzustellen.

6.2 Bewilligungsverfahren

6.2.1 Bewilligungsbehörden sind die Bezirksregierungen.

6.2.2 Die Fördermittel können den Schulträgern auf Antrag für alle Grundschulen und Sonderschulen im Primarbereich ihres Bezirks als Gesamtbetrag bewilligt werden. Der Schulträger entscheidet über die Aufteilung der Finanzmittel auf die offenen Ganztagschulen seines Bezirks

6.2.3 Der Zuwendungsbescheid ist nach dem Muster der Anlage 2 (hier nicht abgedruckt) zu erteilen.

6.3 Anforderungs- und Auszahlungsverfahren Die Auszahlung der Fördermittel erfolgt ohne besondere Anforderung in zwei gleichen Raten im Schuljahr, und zwar zum 1. September und 1. März.

6.4 Verwendungsnachweisverfahren Mit dem Verwendungsnachweis ist nachzuweisen, dass die Landeszuwendung für tatsächliche Ausgaben eingesetzt worden ist, die für die Sicherstellung der außerunterrichtlichen Angebote der offenen Ganztagschulen zu leisten waren und dass der Eigenanteil erbracht worden ist. Der Verwendungsnachweis ist nach dem Muster der Anlage 3 zu führen (vereinfachter Verwendungsnachweis). Die Vorlage des vereinfachten Verwendungsnachweises in der Form der Anlage 3 (hier nicht abgedruckt) wird für die Ersatzschulträger zugelassen (VV Nr. 11 zu § 44 LHO).

6.5 Zu beachtende Vorschriften Für die Bewilligung, Auszahlung und Abrechnung der Zuwendung sowie für den Nachweis und die Prüfung der Verwendung und die ggf. erforderliche Aufhebung des Zuwendungsbescheides und die Rückforderung der gewährten Zuwendung gelten die VV und die VVG zu § 44 LHO, soweit nicht nach diesen Förderrichtlinien Abweichungen zugelassen sind. Weitere Regelungen, insbesondere zur Einrichtung und Durchführung von außerunterrichtlichen Angeboten in offenen Ganztagschulen im Primarbereich enthält der Bezugserlass.

7. Inkrafttreten

Diese Richtlinien treten mit sofortiger Wirkung in Kraft und gelten längstens bis zum 31. Juli 2007.

Anlage 3

Förderrichtlinie für die Verteilung der Mittel aus dem Bundesprogramm „Zukunft Bildung und Betreuung“ in Nordrhein-Westfalen

Runderlass des Ministeriums für Schule, Jugend und Kinder vom 12.05.2003

Die nachstehende Förderrichtlinie regelt die Verteilung der Mittel aus dem Bundesprogramm „Zukunft Bildung und Betreuung“ in Nordrhein-Westfalen. Die Mittel dienen der Förderung von Investitionen zum Aufbau offener Ganztagschulen im Primarbereich im Sinne der Erlasse des Ministeriums für Schule, Jugend und Kinder vom 12.02.2003 (Amtsblatt. NRW 55.Jg./Nr. 2, Seite 43 -47). Sie sollen für alle Schulen im Primarbereich zur Verfügung stehen, die zwischen 2003 und 2007 in offene Ganztagschulen im Primarbereich umgewandelt werden.

Zuwendungen für Investitionen und Ausstattung in offenen Ganztagschulen im Primarbereich - Bezug: 1. Runderlass des Ministeriums für Schule, Jugend und Kinder vom 12.02.2003 (Amtsblatt. NRW. S.43); 2. Runderlass des Ministeriums für Schule, Jugend und Kinder vom 12.02.2003 (Amtsblatt. NRW. S. 45)

1. Zuwendungszweck

Im Rahmen des Bundesprogramms „Zukunft Bildung und Betreuung“ und des Konzepts des Landes Nordrhein-Westfalen gemäß des 1. Bezugserlasses vom 12.02.2003 werden Investitionen zum Auf- und Ausbau offener Ganztagschulen im Primarbereich gefördert. Zu den Investitionen gehören insbesondere erforderliche Umbau-, Ausbau-, Neubau- oder Renovierungsmaßnahmen, Ausstattungsinvestitionen sowie die mit den Investitionen verbundenen Dienstleistungen.

Ein Anspruch des Antragstellers auf Gewährung der Zuwendung besteht nicht; die Bewilligungsbehörde entscheidet aufgrund ihres pflichtgemäßen Ermessens im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel.

2. Gegenstand der Förderung

Gefördert werden Maßnahmen in und an Schulen im Primarbereich, die im Zeitraum zwischen dem 01.08.2003 und dem 31.07.2007 in offene Ganztagschulen umgewandelt werden:

2.1

Umbau, Ausbau, Neubau oder Erweiterung, ggf. auch Erwerb (ohne Grundstückskosten), von geeigneten Räumen aller Arten für Unterrichts-, Spiel-, Sport-, Aufenthalts- und Verpflegungszwecke von Schülerinnen und Schülern sowie für Arbeits- und Aufenthaltszwecke von Lehrerinnen und Lehrern und des Weiteren an Ganztagschulen tätigen Personals, und damit verbundene Dienstleistungen,

2.2

Ersteinrichtung nebst Ausstattung mit Lehr- und Lernmitteln und damit verbundener Dienstleistungen der unter Nr. 2.1 förderfähigen Räume (z.B. Sport- und Spielgeräte, Hardware, Musikinstrumente, Geräte und Materialien für naturwissenschaftliche Experimente, Software, Bücher, Medien, Freiarbeits- und Selbstlernmaterialien).

2.3

Renovierung von geeigneten Räumen nach Nr. 2.1 sowie Herrichtung und Ausstattung des Schulgrundstücks für Lern-, Spiel-, Sport- und Aufenthaltszwecke der Schülerinnen und Schüler einschl. damit verbundener Dienstleistungen (z.B. Umbau und/oder Umgestaltung von Schulhofteilen in Schulgärten, Sport- bzw. Spielbereiche mit Geräteinstallation).

Alle förderfähigen Maßnahmen nach Nr. 2.1 bis Nr. 2.3 können auch gefördert werden, wenn sie außerhalb des Schulgrundstücks durchgeführt werden, auf der Basis eines gemeinsamen Konzepts in einem organisatorischen Zusammenhang zur offenen Ganztagschule stehen und fußläufig für die teilnehmenden Schülerinnen und Schüler erreichbar sind.

3. Zuwendungsempfänger

Zuwendungsempfänger sind die Gemeinden und Gemeindeverbände als öffentliche Schulträger sowie die Träger genehmigter privater Ersatzschulen. Die Weitergabe der Zuwendung an Dritte ist im Rahmen einer Kooperationsvereinbarung mit einem gemeinsamen pädagogischen Konzept nach Nr. 2.8 des 1. Bezugserrlasses zulässig, wenn die Einhaltung der Zweckbindung (vgl. 6.6) durch den Dritten sichergestellt ist.

4. Zuwendungsvoraussetzungen

4.1.

Die Förderung erfolgt unter folgenden Voraussetzungen:

- a) Erfüllung der Voraussetzungen nach den Bezugserlassen,
- b) Vorlage eines Katasterlageplans mit Kennzeichnung der Standorte der offenen Ganztagschule(n) und der Investitionsstandorte, auch wenn diese außerhalb des Schulgrundstücks liegen,
- c) Vorlage von einfachen Grundrisszeichnungen mit Flächenangaben der zu schaffenden Räume (Umbauten ggf. kenntlich machen),
- d) Vorlage einer Aufstellung der in/an den einzelnen Schulen jeweils vorgesehenen Maßnahmen,
- e) Vorlage eines Kostenplans zu den einzelnen Maßnahmen.

4.2

Die Förderung kann auch erfolgen, wenn dem Antrag eine Absichtserklärung des Schulträgers beigefügt wird, aus der unter Beifügung des Entwurfs eines pädagogischen Konzepts im Sinne des 2. Bezugserrlasses hervorgeht, dass die "Offene Ganztagschule im Primarbereich" bis zum 31.07.2007 eingerichtet wird.

5. Art, Umfang und Höhe der Zuwendung

5.1 Zuwendungsart Projektförderung

5.2 Finanzierungsart Festbetragsfinanzierung

5.3 Form der Zuwendung Zuweisung/Zuschuss

5.4

Bemessungsgrundlage Je betreuter Gruppe mit jeweils mindestens 25 Schülerinnen und Schülern in Grundschulen bzw. jeweils mindestens zwölf Schülerinnen und Schülern in Sonderschulen wird ein Festbetrag in Höhe von bis zu 80.000 € für Maßnahmen nach Nr. 2.1., in Höhe von bis zu 25.000 €

für Maßnahmen nach Nr. 2.2. und in Höhe von bis zu 10.000 € für Maßnahmen nach Nr. 2.3 zu den tatsächlichen Ausgaben gewährt. Der Festbetrag darf 90 % der tatsächlichen Gesamtkosten nicht überschreiten.

5.5

Eigenanteile Der Schulträger hat für die Durchführung der geförderten Projekte mit dem Einsatz der Fördermittel einen Eigenanteil in Höhe von 10 % der Gesamtkosten zu erbringen. Der Eigenanteil kann durch mit den Investitionen verbundene Dienstleistungen sowie durch Mittel aus der Schulpauschale erbracht werden.

6. Verfahren

6.1

Antragsverfahren Die Anträge sind nach dem Grundmuster 1 zu § 44 LHO zum 30.06.2003, in den Folgejahren zum 31. Januar des jeweiligen Jahres einzureichen. In Abänderung des Grundmusters 1 zu § 44 LHO sind die in Nr. 4.1 Buchstabe b bis e aufgeführten Anlagen sowie ggf. die in Nr. 4.2 geforderten Unterlagen beizufügen.

6.2 Bewilligungsverfahren

6.2.1 Bewilligungsbehörden sind die Bezirksregierungen

6.2.2 Die Fördermittel können den Schulträgern auf Antrag für alle offenen Ganztagschulen im Primarbereich ihres Bezirks als Gesamtbetrag bewilligt werden. Der Schulträger entscheidet über die Aufteilung der Finanzmittel auf die offenen Ganztagschulen seines Bezirks im Rahmen der jeweiligen Zweckbindung des Festbetrags.

6.2.3 Der Zuwendungsbescheid ist nach dem Grundmuster 2 zu § 44 LHO unter Einbeziehung der Nr. 6.5 zu erteilen.

6.3

Anforderungs- und Auszahlungsverfahren Die Auszahlung der Fördermittel erfolgt auf Anforderung in zwei gleichen Teilbeträgen nach Vergabe des Auftrags und nach Beendigung der Maßnahme, erstmals zum 1. November 2003, in den Folgejahren zum jeweils folgenden 1. Oktober bzw. 1. April (andere Termine bleiben wegen veränderter Bundesmittelzuweisungen vorbehalten).

6.4

Verwendungsnachweisverfahren Der Verwendungsnachweis ist nach dem Grundmuster 3 zu § 44 LHO zu führen. Die Vorlage des Verwendungsnachweises in der Form des Grundmusters 3 zu § 44 LHO wird für die Ersatzschulträger zugelassen (VV Nr. 11 zu § 44 LHO). An Dritte weitergegebene Mittel sind in den Verwendungsnachweis einzubeziehen.

6.5 Nebenbestimmungen zur Zuwendung

6.5.1 Die mit der Zuwendung geschaffenen Räume bzw. Flächen für die „Offene Ganztagschule im Primarbereich“ sind für die Dauer von 20 Jahren, die mit der Zuwendung angeschafften Ausstattungsgegenstände für die Dauer von 10 Jahren nach Bewilligung für die Nutzung zu Schul- oder Betreuungszwecken gebunden.

6.5.2 In den Schulen ist auf die gewährte Bundesförderung in geeigneter Form hinzuweisen.

6.5.3 Die Zuwendung für ein Vorhaben nach Nr. 4.2 wird widerrufen, wenn der Schulträger die Einrichtung einer „Offenen Ganztagschule im Primarbereich“ bis zum 31.07.2007 nicht bestätigt hat.

6.6.

Zu beachtende Vorschriften Für die Bewilligung, Auszahlung und Abrechnung der Zuwendung sowie für den Nachweis und die Prüfung der Verwendung und die ggf. erforderliche Aufhebung des

Zuwendungsbescheides und die Rückforderung der gewährten Zuwendung gelten die VV und die VVG zu § 44 LHO, soweit nicht nach diesen Förderrichtlinien Abweichungen zugelassen sind.

7. Inkrafttreten

Diese Richtlinien treten mit sofortiger Wirkung in Kraft und gelten längstens bis zum 31.07.2008. Der Runderlass wird im Amtsblatt NRW. veröffentlicht. Die Veröffentlichung in den amtlichen Schulblättern ist zugelassen.

<-@

Finanzielle Auswirkungen:	
1. Gesamtkosten der Maßnahme:	
2. Jährliche Folgekosten:	
3. Finanzierung:	
- Eigenanteil:	
- objektbezogene Einnahmen:	
4. Veranschlagung der Haushaltsmittel:	
5. Haushaltsstelle: -	